

# Ergebnisse und Materialien

**Ausgabe Nr. 13**, Berichte von der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 13./14. April 2019 in Mannheim. V.i.S.d.P.: Christoph Cornides, c/o Verein für Politische Bildung linke Kritik und Kommunikation, Marienstr. 32, 50825 Köln.

## Inhalt

Thema: **Die Linke steht im Kampf um Demokratie.**

**Für welche Demokratie tritt sie ein?** ..... 1-5

*Ausgrenzende Demokratie auf dem Vormarsch?*

Demokratisches Verwaltungshandeln fördern.

Von JÖRG DETJEN ..... 1

Partizipation und direkte Demokratie mit dem Ziel

Ausgrenzung/Entrechtung. Von ROSEMARIE STEFFENS ..... 2

Versuche der Delegitimierung repräsentativer Vertretung

kommunaler Selbstverwaltung und rechtsstaatlicher

Verfahren. Von THOMAS TRÜPER ..... 3

Zur Diskussion Umkämpfte Demokratie –

Von CHRISTOPH CORNIDES ..... 5

**Aus der Redaktion der Politischen Berichte:**

*Schwerpunkte Aktuelles/Internationales 2018/2019.*

Von ALFRED KÜSTLER ..... 6

*Aktionen, Initiativen.* Von THORSTEN JANNOFF ..... 7

*Regionales und Kommunale Politik.* Von THORSTEN JANNOFF ..... 8

*Gewerkschaftliches.* Von ROLF GEHRING ..... 9

*Diskussion, Dokumentation, IT-Archiv* Von MARTIN FOCHLER ..... 10

*Rechte Provokationen, demokratische Antworten*

Von ROSEMARIE STEFFENS ..... 12

**Projektberichte / Sachstandsberichte**

Wegemarken / Kalenderblätter. Von ROLF GEHRING ..... 12

Sachstand: Religionsfreiheit. Von KARL-HELMUT LECHNER ..... 14

Duales System der Berufsbildung. Von JOHANN WITTE ..... 14

Zur Vorbereitung ArGe-Sommerschule 2019 ..... 15

**Vereinsangelegenheiten**

Protokoll und Haushaltsplan ..... 15/16

**Sonntag, 14.4., Thema: Linke Europapolitik –**

**linke Friedenspolitik** ..... 17-20

Für eine neue Entspannungspolitik! Von ERHARD CROME ..... 17

Blick auf die Arbeit am Lektüreprojekt ..... 20

## Die Linke steht im Kampf um Demokratie. Für welche Demokratie tritt sie ein?

**Zum Samstag, 13. April 2019. Aus der Einladung:**

Die illiberalen Bewegungen und Parteien Europas sehen in Wahlen und Abstimmungen ein Mittel zur Homogenisierung der Gesellschaft, zur Gleichschaltung der staatlichen Einrichtungen und zur Aushöhlung von Menschen- und Bürgerrechten. Sie haben den Kampf um die öffentliche Meinung und um politische Mehrheiten aufgenommen.

Die linke Kritik an diesen Strömungen ist weitgehend wirkungslos geblieben. In Kampagnen und sogar bei politischen Koalitionen ist es zu Rechts-Links-Überkreuzungen gekommen, was den Vormarsch der Rechten allem Anschein nach begünstigt hat.

Argument und Legitimation entwickeln sich nicht aus dem Augenblick heraus. Haben die heutige Schwächen bei der heute anstehenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Wurzeln in einer Kritik an der „bürgerlichen Demokratie“, die in der „neuen Linken“ der sechziger Jahre im Westen in vielen Varianten auflebte, populär wurde und ein weites Feld politi-

scher Aktionen legitimierte?

Welche Konzepte des „Kampfes um Demokratie“ entstanden in der BRD der sechziger Jahre und warum? Die Bandbreite gängiger Schlagworte reichte von „mehr Demokratie wagen“ (SPD) über „legal, illegal, scheißegal“ bis zu „Feuer und Flamme für diesen Staat“.

Wie erklärt sich die damalige Skepsis gegen Gewaltenteilung und Rechtsstaat? Wie stehen wir heute zu Ideen wie „ungeteilte Volkssouveränität“ und der „Eroberung der politischen Macht“? Kann linke Politik die an Menschenwürde und Menschenrechte gebundene, rechtlich geordnete Demokratie als Rahmen emanzipativer Reformpolitik anerkennen und verteidigen?

Wir wollen diese Diskussion in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung führen.

Im Zusammenhang dieser Diskussion wird auch das höchst aktuelle Zusammenspiel Ausländergesetzgebung und -politik der BRD mit der Repression in der Türkei zur Sprache kommen.

„Ausgrenzende Demokratie“ (zielend auf plebiszitär legitimierte Herrschaft) auf dem Vormarsch? – drei Diskussionsbeiträge

## Demokratisches Verwaltungshandeln fördern

Von Jörg Detjen, Köln

„Ausgrenzende Demokratie“ obsiegt dann, wenn die Gesellschaft sich nicht wehrt und wenn die Verwaltung, und dazu zähle ich im Folgenden auch die Polizei, nicht richtig hinsieht oder wegsieht.

Wolfgang Seibel (Publikationen siehe Wiki-Eintrag) hat die NSU-Morde unter dem Gesichtspunkt des „Verwaltungsdesasters“ untersucht und schreibt:

„Die bisherigen Opfer gehören dem eingrenzbaren Kreis einer Minderheit an, öffentlicher Druck der Mehrheit war nicht zu erwarten.“ Seibel schreibt weiter:

„Dazu bedurfte es keines Rassismus oder einer ‚ethnisierenden‘ Perspektive, sondern nur der Abwesenheit von Verantwortungs-

bewusstsein, das über die Routinen des Alltags hinausgeht.“

Im Fazit stellt er fest: „Der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit ist absolut, er ist nicht verhandelbar und darf von Politik und Verwaltung nicht zur Disposition gestellt werden.“

Die Morde der NSU waren eine Strategie, das Gewaltmonopol des Staates zu erschüttern und zu destabilisieren. Diese Strategie trifft auf eine Verwaltung, die keine Schule der Zivilcourage ist. Wolfgang Seibel schreibt in seinem Buch „Verwaltung verstehen“ im Rekurs auf Luhmann:

„Die Bindungskraft der Institutionen kann sich überleben, wenn die Normen, von denen sie ursprünglich ausging, in zu

► starkem Widerspruch zur sozialen Wirklichkeit geraten.“

In diesem Zusammenhang bekommt die Losung „Wir sind das Volk“ noch mal eine besondere Note. Sie soll eine deutsche Volksgemeinschaft über jegliche Minderheiten stellen.

Nach den ersten Pegida-Demonstrationen fand der Aufmarsch der Hoga am 18.11.2014 in Köln statt. Er war eine Art Machtdemonstration, die die Polizei sprachlos und für einen Moment handlungsunfähig machte. Das Ganze produzierte auch noch das Bild eines umgestürzten Polizeiautos.

Spätestens 2014 war erkennbar, dass die AfD neben dem parlamentarischen einen gewalttätigen, hetzerischen außerparlamentarischen Arm entwickelte.

In der Silvesternacht 2015/16 in Köln gab es sexuelle Übergriffe, die ich nicht kleinreden will, aber es war ein Zusammentreffen von ungeplanten Ereignissen, die keinesfalls ein völliges Versagen der Polizei waren. Das wurde von den Medien so dargestellt und dann von rechtsextremen Kräften freudig aufgegriffen. Mit dem Ergebnis einer Bürgerwehr, die schutzlose deutsche Frauen durch die Stadt begleiten sollte.

Die Bürgerwehr, als Institution neben dem staatlichen Gewaltmonopol, neben der Polizei und dem städtischen Ordnungsdienst. Dieses Thema beschäftigt noch heute die Stadt und hat in der Polizei zu tiefen Verunsicherungen geführt.

Zum zweiten Mal hat die Stadtverwaltung eine bescheidene

Silvesterveranstaltung durchgeführt, zu der immerhin 10000 Menschen kamen, darunter viele Geflüchtete aus der Region.

Die Denunzierungsstrategie der AfD gegen Lehrerinnen und Lehrer ist eine nicht zu unterschätzenden Mobilisierungsstrategie, die die gesamte Verwaltung terrorisieren und verunsichern soll.

Dagegen braucht es jeweils eine Gegenstrategie, die die Zivilcourage in der Verwaltung verbunden fördert. Nicht mit Demonstrationen, sondern mit demokratischem Verwaltungshandeln.

Zur Zeit gibt es in vielen Stadtverwaltungen eine breite Diskussion, wie man legitim und demokratisch Veranstaltungen der AfD in städtischen Räumen verhindern kann. Dazu gibt es im Moment kein Patentrezept, weil die AfD eine gewählte Partei im Bundestag ist und zahlreiche Privilegien besitzt, wie auch andere Parteien. Aber mit Mut, Intelligenz und demokratischem Handeln setzen sich viele Stadtverwaltungen für den Schutz von und gegen die Hetze auf Minderheiten ein. Sie schaffen Satzungen für städtische Räume und setzen sich mit der AfD auseinander.

Der stattfindenden Rechtsentwicklung kann man nur erfolgreich begegnen, wenn man Verwaltungen und Polizei in die Verteidigung der Demokratie einbezieht. Ohne sie wird das nicht gelingen.

## Partizipation und direkte Demokratie mit dem Ziel Ausgrenzung/Entrechtung.

Von Rosemarie Steffens, Langen, (Hessen), umgearbeitete Präsentation

### Internationale Politik

Aktion der Identitären in Dresden, wo sie an einem Denkmal ihr Banner hisste:



(„Eure Politik ist Schrott – Keine Interventionskriege, keine Waffenlieferungen, keine Migration!“)

KENNZEICHEN: Aktionsform der Linken mit zwei unterstützenswert wirkenden Forderungen.

Erst zum Schluss wird klar, wer Ziel des Ausschlusses ist und wem die Schuld an Kriegen gegeben wird: den Eingewanderten und Geflüchteten.

„Gesamteuropäische Probleme können nur auf internationaler Ebene behoben werden“, sagen die Identitären. Klingt einleuchtend. Allerdings zielen sie dabei auf die Migration als Ursache allen Übels und bekämpfen den UN-Migrationspakt.



(Eine Aktion der dänischen und deutschen „Patrioten Europas“ gegen den UN-Migrationspakt)

### Gewerkschaftspolitik



So tritt die „Patriotengewerkschaft“ (Zusammenschluss von „Zentrum Automobil“ – AfD mit der Gruppe 1 %) auf

KENNZEICHEN: Direkte Vertretung von Arbeiterinteressen „von unten“ gegen die Kungelei der etablierten Gewerkschaften mit dem Establishment. „Patrioten schützen Patrioten – wir lassen niemanden zurück!“

Beispiel Entlassungswelle bei Siemens:

„Die Arbeiter von Siemens erwirtschafteten für das Unternehmen einen Jahresreingewinn von satten 6,2 Milliarden Euro. Zum Dank will der Konzern mehrere Werke schließen und tausende Familienväter vor die Tür setzen. ... Ernsthafte Konsequenzen für diesen sozialen Kahlschlag muss Siemens nicht fürchten: Die etablierte IG Metall nannte die Stellenstreichungen lediglich „inakzeptabel“.

„Massenentlassungen eines großen Unternehmens mit Milliardengewinnen und satten Manager-Boni in Millionenhöhe sind nicht nur „inakzeptabel“, sondern eine historische Schande für das deutsche Traditionsunternehmen.“

Ihre Politik schürt Emotionen gegen Massenentlassungen, zielt aber vor allem auf Ausschluss von Arbeitskräften ausländischer Herkunft, weiblicher Arbeitskräfte und Angriff auf DGB-Gewerkschaften.

## Zentrum Automobil“ – die „alternative Arbeitnehmervertretung“

Sie publizieren auf [www.der-dritte-weg.de](http://www.der-dritte-weg.de). Angeblich verteidigen sie das Gemeinwohl gegen den Kapitalismus. Das hört sich so an:



„Die Groß- und Finanzindustrie ist heute wie der Bankensektor nicht mehr kontrollierbar.

Die politische Klasse hängt hingegen immer stärker am Gängelband des Nationen-fressenden Kapitalismus, so dass entsprechende Entscheidungen hierzulande nicht mehr zum Wohle des Volkes, sondern ausschließlich im Interesse der Unternehmensbosse gefällt werden.

Zunehmend wird langjähriges Volkseigentum, wie kommunaler Wohnungsbesitz, ... und alle Betriebe der Daseinsfürsorge privatisiert. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch immer abhängiger von zügellos wirtschaftenden Unternehmen, die nach Gutdünken Gebühren erheben, Mieten steigen lassen und notwendige Reparatur- und Ausbauarbeiten zur Profitmaximierung ihrer heuschreckenähnlichen Aktionäre und Hedgefonds-Eigner hinten anstellen.“

„Nationale Arbeitsgemeinschaft statt kapitalistischer Ausbeutung. In dem neuen Deutschland unserer Vorstellung wollen wir auch die zunehmende Anonymisierung der Unternehmen brechen und den identitätsstiftenden Gemeinschaftssinn innerhalb der heimischen Betriebe vorantreiben. Arbeiter und Wirtschaftsführer müssen wieder eine Arbeitsgemeinschaft bilden und unterschiedliche Interessen zum Wohle der ganzen deutschen Nation aufgehoben werden.“

Völkisches Gedankengut – Eintreten für eine deutsche Volksgemeinschaft – die Lohnabhängigen werden entmündigt!



## Sozialpolitik

Vorgabe: Für Absicherung im Alter, ausreichende Renten, gegen soziale Deklassierung.



„Mindestlohn = Mogelpackung. Die Einführung der Mogelpackung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde, der gegen alle Versprechen nicht flächendeckend eingeführt wurde, kann die wachsende Altersarmut und soziale Deklassierung von Millionen Menschen in Deutschland nicht verhindern. Durch die Propagierung der Facharbeiterlüge treibt der Kapitalismus zudem die Verausländerung unserer Heimat weiter voran und erhofft sich so neue Lohndrucker-Kolonnen zu gewinnen, die dann Deutsche zu günstigeren Löhnen von ihren angestammten Arbeitsplätzen verdrängen. Die Folge sind steigende Arbeitslosenzahlen, Niedriglöhne und ein massiver Identitätsverlust innerhalb der deutschen Arbeiterschaft und deren Familien gegenüber der eigenen Heimat. Schon jetzt fordern Wirtschaftsbosse, Asylanten frühzeitiger arbeiten zu lassen, allerdings unterhalb des Mindestlohns.“ [www.der-dritte-weg.de](http://www.der-dritte-weg.de)

„Die linken Gewerkschaften werden sich die Macht nicht einfach nehmen lassen: Seit Jahren sitzen ihre Betriebsrats-Fürsten mit satten Gehältern in den Chefetagen und intrigieren um die Macht ...“ [www.patriotische-plattform.de](http://www.patriotische-plattform.de)  
Den ausländischen Arbeitskräften, die Deutsche angeblich von ihren Arbeitsplätzen vertreiben, soll die Schuld an sozialer Deklassierung zugeschoben werden

## Volksentscheide

Das Gegenteil von Minderheitenschutz, der eine Demokratie ausmacht, und auf den in der Schweizer Demokratie großen Wert gelegt wird, will die AfD mit ihrer Forderung in ihrem Grundsatzprogramm „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ (Kap. 1/1) erreichen.  
„Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen.“



## Versuche der Delegitimierung repräsentativer Vertretung kommunaler Selbstverwaltung und rechtsstaatlicher Verfahren

Von Thomas Trüper (Stadtrat Die Linke Mannheim)

Im Jahre 100 nach den deutschen Räterepubliken gab es im Kreisverband eine Diskussion. Es ging um das Kommunalwahlprogramm der Linken in Mannheim. Es bewegt sich in unterschiedlichen Flughöhen zwischen realer Tagespolitik und eher utopischen Orientierungspunkten. Es geht auch – natürlich – um Antifa und Solidarität.

Weil die Demokratie und ihre Qualität in den vergangenen Jahren immer wieder Streitpunkt der ganz konkreten Kommunalpolitik waren, schien es mir auch geraten, unsere Position zur „DEMOKRATIE“ niederzulegen und in diesen Streitigkeiten Position zu beziehen.

*Der kurze und brüske Entwurfssatz lautete:*

„Die Linke steht zur repräsentativen Demokratie, so lange kein besseres System gefunden ist, die immer komplexer werdenden Organisations- und Regelungsbedarfe der Stadtgesellschaft zu gewährleisten und die sich immer weiter ausdifferenzierenden Interessenlagen der Bewohner\*innenschaft zu

vermitteln. – Je komplexer die Aufgaben desto größer ist der Bedarf an Bürger\*innenbeteiligung seitens des politischen Entscheidungs- und Hauptorgans der Verwaltung. Mit einer Mandatierung über fünf Jahre ist dem Gemeinderat zwar viel Handlungskompetenz verliehen, aber nicht in allen denkbaren Fragen auch die erforderliche Sachkompetenz.“

*Das Ergebnis der plötzlichen, spontanen, aber grundlegenden Diskussion lautete:*

„Die Linke verteidigt die historischen Fortschritte repräsentativer Demokratie und rechtsstaatlicher Grundsätze, die gegenüber absolutistischen und diktatorischen Staatsorganisationen und Herrschaftsansprüchen entwickelt wurden, gegen alle rechten, rechtsextremen, völkisch-nationalen und faschistischen Bestrebungen, die diese Fortschritte beseitigen wollen.

Das kann aber nur in einem gesellschaftlichen Bündnis gelingen, das alle demokratischen Kräfte umfasst. Das geht nicht ▶



- ▶ ohne ständige Demokratisierung der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen und nicht ohne Transparenz von Entscheidungsprozessen, nicht ohne Mitsprache und Einflussnahme auf die Einzelentscheidungen durch die Betroffenen. Demokratie ist nicht einfach ‚Mehrheitsentscheidung‘, sondern sie umfasst auch den demokratischen Umgang mit Minderheitspositionen und -interessen. Eine so verstandene Demokratisierung der repräsentativen Demokratie muss sich auch in der Stadtgesellschaft bewähren.“

Eine weitere Stufe der Demokratie-Diskussion müsste dann noch sein: Die Ausgliederung kommunaler Aufgaben in privatrechtliche Organisationen, meist einer GmbH.

Markantes Beispiel in dieser Stadt:

Da kommt innerhalb eines Jahres die Gewissheit auf die Stadt zu, dass die US-Streitkräfte binnen Kürze 500 ha Land innerhalb der Stadtgrenzen freigeben werden (natürlich an die BImA = Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Anstalt des öffentlichen Rechts). Kann eine Stadtverwaltung mit ihren Kompetenzen und haushaltsrechtlichen Mitteln eine Aufgabe dieses Kalibers in absehbarer Zeit die Beplanung, Erschließung, Bebauung oder Freiraumgestaltung und dann dauerhafte Verwaltung bewältigen oder bedarf es einer städtischen GmbH? Die FDP lehnt noch heute diese Ausgründung als undemokratisch und intransparent vehement ab. Sie hätte das alles die BImA, (den Hort von Demokratie und Transparenz?) machen lassen.

Die Stadt initiierte sehr schnell einen großen Bürgerbeteiligungsprozess zur Konversion. Es wird ein Weißbuch mit „1000“ Ideen erstellt. Es gibt Bürgerlotsen und Arbeitskreise. Am Ende sind alle frustriert, weil im Zuge des Eindampfens und am Ende im Entscheidungsprozess von den 1000 Ideen nur ein Bruchteil übrigblieb. Vieles wurde allerdings auch aufgegriffen. Es kommt zu einer Woge des Frusts. Alle Beteiligten hatten offenbar erwartet, dass sie dann auch entscheiden. Von Pseudodemokratie, Alibifunktion usw. ist die Rede. Die Tonlage vergiftet sich immer mehr, vor allem im Zusammenhang mit dem Plan der Stadt, eine Bundesgartenschau nach Mannheim zu holen, um einen Teil der Grünzugkosten über Zuschüsse abzudecken. Verschiedene Initiativen sprechen den städtischen Gremien jegliche Legitimität ab und intonieren eine Art „Wir sind das Volk“.

Am Ende entscheidet der Gemeinderat, seine Kompetenz an die Bevölkerung zurückzugeben und veranstaltet einen Bürgerentscheid.

Ja: 50,7% (68 322)

Nein: 49,3% (66 389)

Wahlbeteiligung 59,5%

## Vorwurf unfairer Informationspolitik – Keine Befriedung der gespaltenen Stadtgesellschaft.

Wer darf wie entscheiden?

- Bezirksbeiräte akzeptieren ihre Beraterfunktion nur selten
- Bürgerinitiativen und Bewegungen sprechen dem Gemeinderat im Zweifelsfall die Legitimation ab (z.B. Stadtbahn Nord) – Partikularinteressen – Gesamtinteressen

Neuester Aufreger in dieser Stadt: Ein Grundstücksverkauf auf dem ältesten Konversionsgelände Turley. Ein sog. Ankerinvestor hatte 2012 von der kommunalen Entwicklungsgesellschaft MWSP ca. 50% eines 13 Hektar großen citynah gelegenen Konversionsgeländes mit einem großen Bestand denkmalgeschützter Gebäude aus Kaisers Zeiten für 370 Euro/Quadratmeter gekauft, und letzten Herbst

2,2 Hektar davon als erschlossenes Bauland einer anderen Investorengruppe, den Gründern des Wettanbieters tipico, verkauft – für 1750 Euro/Quadratmeter.

Der „Mannheimer Morgen“ hatte über den bis dahin unbekannten Kaufpreis Anfang März berichtet und dem OB und dem Geschäftsführer der Konversions-GmbH „Gutherrenmanier, Vernebelung und Einlullung“ der Bevölkerung vorgeworfen. Klassische Personalisierung eigentlich grundlegend struktureller Probleme der Bodenpolitik in diesem Lande und der politischen Grundsätze von CDU bis FDP: „Die Jahrhundertaufgabe der Konversion darf den Stadthaushalt keinen Euro kosten“.

*Dazu ein Leserinnenbrief im MM:*

„Es ist mit dieser Stadt Mannheim und den von den Bewohnern gewählten Vertretern immer wieder dasselbe Spiel. Ich freue mich ganz besonders und bin sehr dankbar dafür, dass sich jemand dazu berufen fühlt, wie Herr Chefredakteur Dirk Lübke, sich dieses Vorfalles anzunehmen und zu zeigen, was wir Bürger im Grunde genommen seit Jahrzehnten wissen – wie wir vorgeführt werden. Es spottet jeglicher Beschreibung, wie hier unsere von den Bewohnern der Stadt Mannheim gewählten Vertreter die Interessen derer vertreten. Die städtischen Verantwortlichen dieses Desasters werden nie zur Rechenschaft gezogen! Es ist unerklärlich, weshalb wir Stadträte wählen sollen, die gar nicht die Interessen unserer Stadt und deren Bewohner berücksichtigen, sondern nur ihre eigenen. Die im Aufsichtsrat Sitzenden (alleine drei SPD-Mitglieder) werden auch noch für diese Tätigkeit bezahlt und dann kommt solch ein Ergebnis heraus. In anderen Staaten dieser Welt würden solche Stadträte rechtlich inhaftiert und müssten sich verantworten, sie vergeuden das Eigentum des Volkes.“

Nun ja, die Autorin war 2014 auf Platz 4 der Kommunalwahlliste der NPD.

## Fazit

Es würde jetzt absolut zu weit führen, die ganzen Fakten, Hintergründe und politischen Entscheidungen aufzurollen.

Aber eine Quintessenz bleibt: Die Verantwortung tragenden Parteien im Aufsichtsrat duckten sich weg, stellten sich an die Spitze der Empörung über ihre eigenen Grundlagenentscheidungen und diskutierten mit keinem Wort über notwendige Konsequenzen für die Zukunft und unterterminieren (im Eifer des Kommunalwahlkampfes) ihre eigene Position im Stadtparlament.

Keine gute Ausgangslage, um der gesetzlichen Legitimation auch Legitimität zu verleihen. Der Druck auf repräsentativ-demokratische Organe nimmt zu – was sorgsam zu unterscheiden ist vom legitimen und v.a. notwendigen politischen Kampf um politische Positionen und Entscheidungen. Von Ferne grüßen die Gelbwesten, deren deutsche Ausfertigung (zumindest in Mannheim aufgetauchte gelb Bewestete) eine Form von Hard-core-Pegida ist.

Allein die politische Positionierung in den Grund- und Einzelfragen ist für Die Linke nicht ausreichend, wenn rechtsstaatliche und demokratische Institutionen grundsätzlich in Frage gestellt werden, wenn es um „Quatschbuden“ oder „Nur-Tribünen“ geht.

Und allein die Verteidigung gegen rechts ist m.E. auch nicht ausreichend, irgendwie muss man ja auch mal eine eigene Position aufbauen. Die Tradition der kommunistischen und sozialistischen Weltbewegung bietet einen großen Fundus, mit dem man sich dabei auseinandersetzen kann und auch sollte.



## Zur Diskussion: Umkämpfte Demokratie – Von Christoph Cornides, Mannheim

Rückblick: die Gegnerschaft zu repräsentativer Demokratie und „bürgerlichem Verfassungsstaates“ in der BRD der sechziger Jahre – Entwicklungen, Sichtweisen, Theoreme und Praktiken, die nachwirken (und teilweise heute von rechts in Dienst genommen werden) – Eine Stichpunktsammlung für die Arbeit der Politischen Berichte. – Warum eine solche Sammlung damals umstrittener Themen?

Wir hatten für diesen Abschnitt der Jahrestagung den Titel „Umkämpfte Demokratie“ gewählt.

„Demokratie“ dabei verstanden in einem dreifachen Sinn: als Theorie, als politisches Ideal, aber auch konkretes Ziel politischen Handelns und als staatsrechtliche Konstruktion. Und heute umkämpft also in jedem dieser drei Aspekte und bekämpft in besonderer Weise von rechts und dabei auch – z.B. durch die Neue Rechte – mit Mitteln und Methoden, die früher als solche von links galten.

Was in der Gesellschaft umkämpft ist, ist nicht nur in der Linken dann auch umstritten. Die Partei die Linke tut sich schwer mit der geordneten Diskussion und dem Diskurs zu kontroversen Fragen und Antworten, noch dazu solchen, in denen sich auch unterschiedliche politische Entwicklung (u.a. in den alten/neuen Bundesländern) auswirken. (Und dass falsche Positionen hervorgehobene personalisierte Vertretung finden heißt nicht, dass dagegen bestehende Positionen und Festlegungen der Partei einfach richtig und für die aktuelle Politik ausreichend sind.)

Konkreter: zu den u.a. für die Politik der Linken von Sahra Wagenknecht vertretenen falschen Positionen zum Kampf gegen rechts (z.B. Gleichsetzung der Politik gegenüber den Wählern der AfD mit der gegenüber den rechten Parteien und ihrem Führungspersonal, Signalisierung von „Verständnis“ und Anschlussfähigkeit für die angeblich überwiegend sozialen Gründe der Teilnahme an Pegida-Aufmärschen und Wahl der AfD) sind die Gegenpositionen der innerparteilichen Auseinandersetzung und der Politik der Partei die Linke nicht einfach geklärt und gesichert.

Eher schwach entwickelt ist ein „strömungsübergreifendes“ gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame, verbindende linke Politik zu den Fragen:

- Wie den Kampf um öffentliche Meinung führen, Abgrenzung gegen rechts unterstützen und die Rechte isolieren, die ihrerseits den Kampf um rechte, völkisch-nationale gesellschaftliche „Hegemonie“ führt.
- Wie den jeweiligen Beitrag der verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen und Richtungen zur Abgrenzung gegen rechts angemessen unterstützen?
- Wie und mit wem praktische, politische und soziale Reform- und Bündnispolitik in Abgrenzung gegen rechts entwickeln und umsetzen?
- Wie und warum den Kampf um BürgerInnenrechte, um individuelle Rechte, um Menschenrechte zum Teil der Politik der Partei die Linke machen?
- Wie und warum Rechtsstaat, rechtsstaatliche Verfahren und Normen gegen rechts und konkret gegen die AfD verteidigen?
- Wie die Rechte im Staatsapparat kritisieren und isolieren?

Dazu kommt,

- dass in der Partei die Linke durchaus unterschiedliche „Staatsverständnisse“ zusammentreffen, unterschiedlich, weil in zwei verschiedenen Staaten entstanden (alte/neue Bundesländer), aber auch unterschiedlich, weil jeweils (in alten und neuen Bundesländern) auch an unterschiedlichen historisch gewachsenen Traditionen von Demokratie- und Staatsverständnis und -kritik orientiert,
- dass bekanntlich keine verbindende und/oder „anerkannte marxistische Staatstheorie“ existiert, auf die Bezug genommen werden könnte (im Arbeitsplan von Marx erst nach dem Kapital vorgesehen) und die verschiedenen nach Marx folgenden Imperialismustheorien dafür aus verschiedensten Gründen auch kein ersatzweiser Bezugspunkt sind,

- und dass wir heute mit einer sog. „Neuen Rechten“ konfrontiert sind (mit Pegida, etc. als „außerparlamentarischem“ Kampf um die Straße und der AfD als „parlamentarischem Arm“), deren ideologische, politische und organisatorische Führer sich nicht zuletzt auch des Instrumentariums und der Methoden der 68er-Bewegung bedienen, um ihren Kampf gegen eine rechtsförmig und im weitesten Sinne eher demokratisch organisierte Gesellschaft und für einen autoritären und diktatorischen Staat zu führen. (Eine Rechte, die auch mit Methoden der Linken kämpft und damit gesellschaftlichen Einfluss gewinnt, das hat es freilich auch 1933 und davor mit bekanntem Ende gegeben. Aber dieser Verweis hilft auch noch nicht aus der Schwierigkeiten, die sich für eine aktuelle Linke im Kampf gegen eine aktuelle Rechte, die sich bei Methoden der 68-Bewegungen und der Linken danach bedient, ergeben.).
- Und schließlich, dass sicherlich jede Politik auch „pfadabhängig“ ist, linke Politik (vielleicht wegen ihrer systematisch bedingten Minoritätsrolle?) aber offensichtlich in ganz besonderer Weise. Das heißt, a) es ist schwierig, die eigentlichen (rückblickend betrachtet „historisch bedingten“) Pfade im „Tagesgeschehen“ zu erkennen, unter denen aktuelle linke Politik gerade läuft und b) es ist noch schwieriger, sich über „Pfadwechsel“ oder „Pfadveränderungen“ zu verständigen und sie gar herbeizuführen.

Diese genannten Aspekte lassen uns die Beschäftigung mit der „Gegnerschaft zu repräsentativer Demokratie und ‚bürgerlichem Verfassungsstaates‘ in der BRD der sechziger Jahre“, den damaligen Entwicklungen, Sichtweisen, Theoremen als auf jeden Fall heute erneut notwendig erscheinen.

Dabei werden wir auch um die unangenehme Frage nach den Gründen möglicher Anschlussfähigkeit von als links betrachteter Theoreme und Methoden für Rechts und nach möglicherweise auch theoriegeschichtlich rechten Wurzeln linker Kritik nicht umhinkommen. (Dass sich Rückgriffe linker Kritik an den herrschenden Verhältnissen auf im Kern rechte Theoreme aus dem Druck von Repression und der Ermangelung ausreichender linker, sozial und politisch emanzipatorischer Theorie (s.o.) vielleicht in Teilen erklären lassen, ändert nichts an der Problematik und an den „pfadabhängigen“ Implikationen der Fortführung und praktischen Anwendung der entsprechenden Theoreme.)

Ein Beispiel dafür ist die von Johannes Agnoli und Peter Brückner herausgegebene Schrift „Die Transformation der Demokratie“ (1967), die in der Demokratie- und Protestbewegung insbesondere an den Universitäten in den 1960er und 1970er Jahren eine wichtige Rolle für die Begründung der Kritik des Parlamentarismus und der „repräsentativen Demokratie“ spielte.

Bereits relativ früh in den 1970er Jahren wurde von Michael Kraushaar und anderen die Kritik entwickelt, dass sich einzelne Theoreme der Schrift teilweise auf Theorien von Carl Schmitt (1888 – 1985, „Die [...] Unterscheidung, auf welche sich politische Handlungen [...] zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“) sowie auf politische Schriften Paretos stützt. Man muss diese Kritik nicht teilen, aber den kaum zu bestreitenden Hinweisen nachzugehen, wird eine neuerliche Befassung mit 1968 und den Jahren danach kaum umhinkommen.

Gegen die Benutzung der Kritik Kraushaars in diffamatorischer Absicht gegen die 1968er Bewegung schreibt die Taz in einem Kommentar im Dezember 2006 im Rahmen der Diskussion um die Aktualität von Agnolis „Transformation der Demokratie“: „Agnoli bezog sich 1968 explizit auf den „Giornale eco-

nomico“ (1923) des für Mussolini wichtigen Soziologen und Ökonomen Vilfredo Pareto, als er feststellte, es könne „auch einen faschistisch funktionierenden Parlamentarismus“ geben. Dass in Agnolis These von der „Transformation“, d. h. der Entleerung der Demokratie, Motive und Argumente wiederkehren, deren sich die faschistische Parlamentarismuskritik bediente, ist nicht zu bestreiten. Aber dieser komplexe geistesgeschichtliche Zusammenhang ist etwas anderes als Blasius' platte Unterstellung, die linke Parlamentarismuskritik stamme in der Theorie größtenteils von einem ehemaligen italienischen Faschisten, .... Agnoli steigerte die angesichts der großen Koalition legitime Parlamentarismuskritik zu einem rigiden Antiparlamentarismus, an dem er auch festhielt, als die außerparlamentarische

Linke darin eine Sackgasse erkannte (sowie an der zeitweise beliebten These, die Koalition von 1966 und die Notstandsgesetze führten in einen neuen Faschismus).“ (TAZ, 15.12.2016, „Agnoli, Faschismus etc. Dahinter steckt ein sturer Kopf“)

Das heißt aber auch, dass eine heutige angemessene Auseinandersetzung mit den damaligen Theoremen und Positionen stets die tatsächliche gesellschaftliche und politische Entwicklung und die erlebte staatliche Politik mit berücksichtigen muss, bei der Theorien und politische Positionen Erklärungen für aktuelles Geschehen lieferten, und wo erlebte Repression im Wortsinn wie die Faust aufs Auge oder wie der staatliche Knüppel auf den Kopf passten.

## Beginn Stichpunktesammlung für die Arbeit der Politischen Berichte

In einem Einleitungsbeitrag und erweitert durch die anschließende Diskussion auf der Jahrestagung wurden vorläufig folgende Stichpunkte festgehalten werden:

- Kritik einer „Faschisierung des Staates“ und Aufdeckung der Fortsetzung von NS-Karrieren in der Wirtschaft, dem Rechtssystem und an den Universitäten BRD;
- Notstandsgesetze und Einsatz der Bundeswehr im Inneren;
- Erschießung von Benno Ohnesorg;
- Springerpresse und Pressehausbelagerung;
- Entstehung der RAF und flächendeckende staatliche Repression, „Schleierfahndung“ etc.;
- Diktaturen in Europa (Portugal, Spanien, Griechenland) und deutsche Unterstützung des Vietnamkriegs;
- Kriegsdienstverweigerung;
- Obrigkeitsstaat, die Zentralisierung/Monopolisierung/Dominanz der Wirtschaft, Pressemonopole, und der Vorwurf der „Transformation der Demokratie“;
- Die Allmacht des Staates, der Staat als geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klasse;
- „Stamokap“-Theorien, „Deutschland AG“, „Militärisch-Industrieller Komplex“;
- Die enge Bindung des Parteiensystems („Altparteien“) an den Staat und ihr Vorgehen gegen neue Ideen;

### Hinweise zu Literatur:

Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, 2. Aufl. 2012;

Ulrich K. Preuß, Legalität und Pluralismus, Beiträge zum Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Edition Suhrkamp, 1. Aufl. 1973;

Werner Hofmann, Abschied vom Bürgertum, Reden und Aufsätze, Edition Suhrkamp, 1. Aufl. 1970.

- Von wegen „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ – wachsende Vermögensungleichheit;
- Große Koalition und Aushebelung des Parlaments;
- Die begrenzte Reichweite von Wahlen und die Politik der Gegenmacht;
- „Allein machen sie Dich ein“ – Organisation von Opposition;
- Gegenmacht im Sinne von Streik, Blockade von Institutionen (Universitäten) und öffentlicher Infrastruktur (Straßenbahn);
- Der Gegensatz von „Legalität und Legitimität“ (Carl Schmitt) in neuer Verbindung als „Superlegalität“ im Kampfbegriff („wehrhafte Demokratie“) der fdGO (freiheitlich-demokratische Grundordnung) – und die Anwendung in den Berufsverboten;
- Monokausale Deutungen erlebter Repression; Imperialismus, Konzerne. Fehlteile der Möglichkeit von Reformen a) innerhalb des Nationalstaates b) der Verhältnisse zwischen den Staaten. (Eine Folge: Abstinenz von Entwicklung strukturändernder linker Politik)
- Provokation des Staates als Lehrbeispiel für „die Massen“;
- Deutscher Revanchismus, Wiedergewinnung „Ostgebiete“ – aber die „Hallsteindoktrin“ (es gibt nur die BRD, keinen Staat DDR) ließ sich nicht halten.

## Aus der Redaktion der Politischen Berichte

## Schwerpunkte Aktuelles/Internationales Politische Berichte 2018/2019.

Von Alfred Küstler, Stuttgart

Was waren die Schwerpunkte im Redaktionsteil Aktuelles/Internationales in den Politischen Berichten seit unserer letzten Jahrestagung? – Unten ist eine Liste aller Meldungen und Artikel aufgeführt.

Danach stand im Vordergrund die internationale Berichterstattung, und dort wiederum zwei Schwerpunkte: Die Politik der Türkei gegenüber den Kurden und die Rolle der deutschen Politik hierbei, dazu hat unser Autor Rudolf Bürgel in jeder Nummer zumindest eine Meldung veröffentlicht. Diesen Schwerpunkt haben wir seit Jahren, diesmal vielleicht besonders häufig und umfangreich wegen der verstärkten autoritären Politik des türkischen Präsidenten seit der Verfassungsreform und den beiden Wahlen.

Der zweite internationale Schwerpunkt ist die EU-Politik, hier

mit zwei Schwerpunkten: Großbritannien und der Brexit einerseits und andererseits Frankreich, die Reformpolitik Macrons und die Widersprüche, die sie hervorruft. Autoren waren hier vor allem Eva Detscher für Großbritannien und Matthias Paykowski für Frankreich. Es ist zu erwarten oder zu befürchten, dass uns das Thema Brexit und das Verhältnis von Großbritannien zur EU auch in diesem und im nächsten Jahr bleiben wird.

Zur EU-Politik allgemein haben wir vor allem mit Meldungen und Artikeln die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt, Rolf Gehring war hier Autor oder hat uns Autoren aus Brüssel vermittelt.

Daneben konnten wir mit Paola Giaculli eine Autorin finden, die uns über die Entwicklung in Italien nach dem Regierungsantritt der Rechts-/Linkskoalition aus Lega und 5 Sterne infor-



mierte. Außerdem ist es möglich gewesen über die Entwicklung in Spanien (ETA-Auflösung und jetzt vor den Wahlen) Autoren zu finden: Claus Seitz und neu Hans Marin.

Schwerpunkte beim Aktuellen aus der Innenpolitik, im Vergleich zum Internationalen vom Umfang her deutlich weniger, waren neben dem Einwanderungsthema vor allem Wahlen und die Entwicklung des Parteiensystems, dort wiederum mit Schwerpunkt Entwicklungen bei der Linkspartei, wozu wir neben Artikeln aus der Redaktion auch Einschätzungen von Harald Pätzold erhalten konnten.

Bewährt hat sich die Mischung aus Meldungen (mal kürzer, mal länger) und Artikeln. In den Meldungen können wir die Themen, an denen wir regelmäßig dran sind, in Beobachtung halten. Außerdem können Themen, die wir nicht regelmäßig verfolgen, die aber aktuell wichtig und interessant sind, vorkommen lassen, ohne Anspruch, dazu jetzt eine begründete Meinung zu haben.

## Liste der Meldungen und Artikel, Politische Berichte, Teil Aktuelles/Internationales 2018/2019

Nr. 4/2018: Meldungen: Puigdemont: Kein Rebell • Streik bei den französischen Eisenbahnen • Die irische Insel unter Hochspannung || Artikel: Einmischung gegen die deutsche Türkeipolitik tut Not | Eine zersplitterte politische Landschaft: Kommunalwahlen in den Niederlanden

Nr. 5/2018: Meldungen Grün-Schwarz in der Krise (Baden-Württemberg) • Europäische Arbeitsbehörde kommt! • Rüstungshaushalt im Dienste der Blockbildung • SNCF und Air France: Streiks gehen weiter || Artikel: Türkei: HDP nominiert Selahattin Demirtaş für die Präsidentenwahl | Brexit: Den Unterschied begreifen | Französisch-Polynesien: Frankreich hält an bisheriger Kolonialpolitik fest

Nr. 6/2018: Meldungen: US-Import-Sonderzölle – EU klagt bei der WTO • EGÖ D verklagt EU-Kommission • Brexit: Es gibt kaum Bereiche, die nicht betroffen sind • Bayerischer Kreuzerlass || Artikel: Krise in Italien: Eine Situation, wie es sie noch nie gegeben hat | Wahlen in der Türkei: Das Ergebnis der HDP entscheidet | Solidarische Einwanderungsgesellschaft – Linke, praktische Diskussionsprozesse organisieren

Nr. 7/2018: Meldungen: Dreimal unilateral (Bayern; Österreich, Italien) • Frankreich: Eisenbahn-Gesetz in Kraft getreten • Mehr als hunderttausend bei der Demo gegen den Zwölf-Stunden-Tag in Wien! • Italienische Reise: Widersprüche zwischen 5 Sterne und Lega? || Artikel: Brexit: Keine Lösung in Sicht | Erdogan und AKP/MHP gewinnen Wahlen in der Türkei

Nr. 8-9/2018: Meldungen: Brexit und soziale Sicherheit • Seebrücke – Stoppt das Sterben im Mittelmeer || Artikel: Frankreich: Parteien und Regierung ein Jahr nach den Wahlen | Das Erdogan-Regime steht unter Druck | ETA-Auflösung: Der Ver-

such, auf gewaltsamen Weg ein unabhängiges Baskenland in einer pluralen Gesellschaft durchzusetzen, ist gescheitert

Nr. 10/2018: Artikel: Vor dem Gipfel über den Austritt Großbritanniens aus der EU | Bundesregierung und Diktator Erdogan – Verletzung von Menschenrechten und Demokratieabbau stören nicht bei intensiven Geschäften | Europa sozial – und gegen rechts! Für ein soziales und demokratisches Europa – Anforderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an die Parteien zur Europawahl 2019

Nr. 11/2018: Meldungen: Etappensieg im EU -Parlament? Neue EU-Richtlinie zu Arbeitsbedingungen • EU -Arbeitsplatzgrenzwert für Diversemissionen • Chinesisches Hospital-schiff unterwegs in Ozeanien || Landtagswahl in Hessen: Sondierung der politischen Lager | Abschied von der Kanzlerin der liberalen Demokratie | Bayern: Wahlergebnis, Regierungsbildung, Repräsentationslücken | Die Linke: erste von drei Regionalkonferenzen zum Europawahlprogramm 2019 | Italien: Der „Haushalt des Volkes“

Nr. 12/2018: Meldungen: Bundestagsfraktion Die Linke 27.11.2018: bei 12 Enthaltungen ohne Gegenstimmen für UN-Migrationspakt • EGMR: Selahattin Demirtaş muss freigelassen werden • 24./25.11.2018: Landesparteitag Die Linke Baden-Württemberg || Artikel: Brexit: Ein mögliches Abkommen | Gelbe Warnwesten: eine heftige politische Krise in Frankreich | 25 Jahre PKK-Verbot – PKK-Verbot aufheben! Interview von ANF mit Linke-MdB Ulla Jelpke

Nr. 1/2019: Meldungen: Über 230 politische Gefangene im Hungerstreik in türkischen Gefängnissen – erster Besuch bei Abdullah Öcalan nach zweieinhalb Jahren • Linke verurteilt Angriff auf Bremer Bundestagsabgeordneten • Brexit || Artikel: Frankreich: Gilets Jaunes – Wege aus der Krise? | Die Türkei will ihre Besatzung in Nordsyrien militärisch weiter ausdehnen

Nr. 2/2019: Meldungen: Mannheim: Abschiebepolitik Seehofers greift durch gegen Kinder und Frauen • Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Elsass/Baden) • „YA ME YE“ – HDP will aus den Kommunalwahlen ein Referendum zur Demokratie machen • Demo gegen Dieselfahrverbote in Stuttgart || Artikel: Brexit ist auch eine Verfassungskrise | Gelbwesten: Kein Ende der Krise in Sicht, Jacques Lévy. Die Vernachlässigung der Randgebiete ist eine Legende

Nr. 3/2019: Artikel: Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch | Europawahlprogramm 2019: internationalistisch, sozial, für Menschen- und BürgerInnenrechte und linke EU-Reformpolitik | Für eine neue Entspannungspolitik | Sklaven am Bau – Situation im Vereinigten Königreich | Ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete! (Hamburg)

Nr. 4/2019: Meldung: Europäische Bürgerinitiative / Recht auf Wohnen || Artikel: Erdogan-Regime verliert bei den Kommunalwahlen die Großstädte und die zwangsverwalteten Regionen in Kurdistan | „The 3million“ und „British in Europe“ | Spanien vor der Wahl. ■

## Politische Berichte S. 8–9 Aktionen, Initiativen

Von Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Auf den Seiten 8–9 werden Stellungnahmen von Initiativen zu aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikten dokumentiert bzw. über Aktionen und Demonstrationen dazu. Da es für die Leser der Politischen Berichte interessant sein könnte, was die Partei Die Linke oder die Gewerkschaften zu diesen Konflikten sagen, werden zum Teil auch deren Stellungnahmen dokumentiert. Seit zwei Jahren findet diese Berichterstattung anhand eines Themas statt und nicht (mehr oder weniger) willkürlich wie vorher, so dass ein Überblick über verschiedene Stellungnahmen zu einem Thema möglich wird. Die Auswahl der Themen erfolgt anhand der aktuellen Auseinandersetzungen bzw. anlässlich wiederkehrender Ereignisse (Ostermarsch, Antikriegstag, 1. Mai, etc.).

Die Fokussierung auf ein Thema stößt an gewisse Grenzen. Denn viele Organisationen aus der Zivilgesellschaft bevorzugen oft ein rationalisiertes Verfahren, indem sie auf im Internet vorhandene Argumentationen zurückgreifen und diese weiter verbreiten. Dieses Vorgehen fördert nicht unbedingt die Weiterentwicklung von Argumentationsketten, so dass sich viele Stellungnahmen inhaltlich ähneln. Das erschwert das Sichten und Suchen. Exemplarisch für das rationalisierte Verfahren steht die Kampagne gegen TTIP, bei der die Ursprungsargumente im Wesentlichen von campact ausgingen und von anderen Initiativen oft wortgleich übernommen worden sind. Dieses Verfahren ist fehleranfällig, weil mögliche Fehleinschätzungen unreflektiert weiter verbreitet werden, und es fördert undifferenzierte ►

► Debatten im Schwarz/Weiß-Modus. Trotzdem werden so Kritiken an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen im Kapitalismus formuliert und auf Missstände aufmerksam gemacht, die Anhaltspunkte für linke Politik geben können. Außerdem besteht die Möglichkeit zu strittigen Themen widerstreitende Standpunkte zu veröffentlichen, wenn es sie denn gibt. (z.B. Braunkohlerevier Niederrhein, Umstrittenes Urheberrecht). Insgesamt hat sich die Umstellung auf ein Thema bewährt und es konnte in den letzten zwei Jahren ein breites Spektrum dargestellt werden:

- Umstrittenes Urheberrecht
- Öffentlicher Dienst Länder: Tarifeinigung erzielt.
- Kohleausstieg ist beschlossen.
- Frieden statt Aufrüstung.
- Diesel und Fahrverbote.
- Braunkohlerevier Niederrhein.
- Gegen-Polizei-Aufgaben-Gesetz

- Uno-Antrag Atomwaffenverbot.
- Migration
- Frieden!
- Frieden
- Fairer Handel – faire Tarife.
- Tarife in Bewegung
- Regierungsbildung – Stellungnahmen in Sachen Frieden
- Armut
- Menschenrechte und Rechtsstaat
- Bundestagswahl 2017
- Flucht über das Mittelmeer
- Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wohnungsbau
- Medienfreiheit
- 1. Mai
- Ostermarsch und Frieden

■

## PB Abschnitt „Regionales und Kommunale Politik“ Von Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Auch die Umstellung auf ein Thema im Regionalteil und im Bereich Kommunale Politik hat sich bewährt. In der Regel beziehen sich die im Wesentlichen von anderen linken Fraktionen dokumentierten Pressemitteilungen aus der Rubrik „Kommunale Politik“ auf den Regionalteil, zum Teil auf den Gewerkschaftsteil. Das zunehmende Schwinden der Lokalberichte vor Ort erschwert das Sichten und Suchen. Es sind aber Autoren vorhanden, die regelmäßig schreiben und sich vor Ort in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen bewegen, zum Teil konnten auch neue Autoren dazu gewonnen werden. Das spiegelt sich im Themenspektrum auch ab. In den letzten beiden Jahren ging es hauptsächlich um Menschenrechte, Infrastrukturpolitik, kommunales Wirtschaften, Integrationspolitik und Politik gegen Armut.

- Freiräume erhalten.
- BürgerInnenentscheid Freiburg: Mehrheit für neuen Stadtteil
- Wohnungspolitik
- Mannheim: Die Linke im Kommunalwahlkampf – Alle reden vom Wohnen ...
- Gegen Rechts
- Köln, Keine städtischen Räume für die AfD!
- Haushaltsdebatten.
- Essen, Haushaltsrede 2018, Gabi Giesecke, Stadträtin der Linken,
- Regionale Planung.
- Ein Regionalplan für alle. Erstmals seit 1966 ein Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet.
- Deal
- Köln: „Der Deal muss aufgeklärt werden“.
- Wohnen und Thema Gesundheit
- Köln: Wohnungspolitik ist das zentrale Thema der Stadt
- Dezentrale Unterbringung statt große Flüchtlingsheime
- Bürger- und Menschenrechte
- Nein zum neuen Bayerischen Polizeiaufgabengesetz — Kein Angriff auf unsere Freiheits- und Bürger\*innenrechte.
- Protestbündnis ruft zu Widerstand gegen das geplante Polizeigesetz auf.
- Gesundheitsversorgung ist Menschenrecht
- Traumatisierte Menschen: Aus der Geschichte lernen.
- Einladung zur Fachtagung „Flucht, Asyl, Migration“

- Wirtschaften in öffentlicher Hand.
- ELS-Insolvenz. Private Verpackungs- und Wertstoffsammlung lädt ihre Probleme bei der städtischen Abfallwirtschaft ab – Stadt Mannheim muss einspringen.
- Tafeln: Eine solidarische Initiative vor Probleme
- Bildungspolitik
- QB-Bildungstrend 2016 – die Grundschule in der Krise
- Sicherheit
- Wiedereinführung der Videoüberwachung in der Mannheimer City
- Kölner Silvester: Wir müssen Feierwilligen ein Angebot machen!
- Solidarität mit Verfolgten aus der Türkei
- Solidarität mit den Akademikern für den Frieden in der Türkei! Wo bleibt die Solidarität der EU? Was ist „Demokratischer Konföderalismus“?
- „Wohnungslos“
- Soziale Gerechtigkeit
- Der „soziale Zusammenhalt“ ist wichtig! Aus der Kölner Analyse zur Bundestagswahl
- Der G20-Sonderausschuss der Bürgerschaft hat seine Arbeit aufgenommen
- Siedlungsentwicklung und Bürgerbeteiligung
- Mieter und Anwohner in Norderstedt: Menschlich Wohnen sieht anders aus, Stuttgart-Untertürkheim: Erneuerung am Stadtrand.
- Kommunale Wirtschaft
- Das geht auch Vegetarier und Veganer an: Plädoyer für das Fleischversorgungszentrum Mannheim, Köln: 28. Grundstein für eine Second-Hand-Möbelhalle.
- Verkehrspolitik
- Köln, Luftreinhalteplan und Fahrverbote – Autoverkehr mit Anreizen reduzieren ...
- Gesundheitsvorsorge
- Heilbronn: Fachtagung Krankenhausschließungen im ländlichen Raum und was dann?
- Wohnen
- Wohnungspolitische Strategie der Stadt Mannheim vor einer Neuausrichtung?

■



## PB Bereich Gewerkschaftliches Von Rolf Gehring, Brüssel

Die Themenschwerpunkte der letzten anderthalb Jahren in den Politischen Berichten veröffentlichten Beiträge sind sicher zu einem guten Teil der mobilisierbaren oder besser mobilisierten Autorenschaft geschuldet. Die Beobachtung der laufenden Tarifaussensetzungen funktioniert; es gibt einen Schwerpunkt Arbeitsrecht und einen Schwerpunkt Europa, teils kombiniert. Die Beobachtung der Entwicklungen in anderen Ländern findet punktuell statt, dann meist bezogen auf einen thematischen Aspekt, der Fokus ist die europäische Union. Seit Edith die beiden internationalen Seiten nicht mehr erstellen kann, findet die Betrachtung der internationalen Arbeiterbewegung nur noch punktuell statt.

Was in dem betrachteten Zeitraum weitgehend fehlt, sind Berichte oder Reportagen über betriebliche Auseinandersetzungen. Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen, Veränderungen in der Arbeitsorganisation und der Arbeit (Qualifikation), technische Veränderungen. Reflexionen zu den genannten Bereichen, wie sie unter anderem in arbeitswissenschaftlichen Publikationen stattfinden, werden ebenfalls kaum behandelt oder reflektiert. Was ebenfalls wenig betrachtet wird, sind die wirtschaftlichen Entwicklungen im engeren Sinn (z. B. Entwicklungen in den einzelnen ökonomischen Sektoren, Branchenkrisen, genossenschaftliches Wirtschaften oder die europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungen in anderen Ländern ...), regelmäßig allerdings die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion.

Die potentiellen Autoren der PB sind wahrscheinlich mittlerweile eher selten in diesen Bezügen tätig, der Zugang müsste in einem doppelten Sinn bewusst hergestellt werden, entweder durch bewusste Beschäftigung einzelner Autoren mit einzelnen Gegenständen oder durch die Gewinnung neuer Autoren, die sich in den jeweiligen Bereichen bewegen. Bezüglich der möglichen Autorenschaft wäre es gut, zu erheben, wo in den einzelnen Bundesländern Genossinnen und Genossen sind, die potentiell Interesse hätten, für den Gliederungsteil zu schreiben und zu welchen Schwerpunkten bzw. Branchen.

Hinsichtlich einer möglichen Schwerpunktsetzung für die kommende Zeit: Für die internationale Orientierung gibt es gute Gründe (Z. B. das Arbeitsrecht ist mittlerweile stark europäisch; die transnationalen Unternehmen sind mehr und mehr eine Bezugsgröße für Unternehmensvereinbarungen, sie gestalten weltweit die Arbeitsbedingungen, sie nehmen politischen Einfluss oder werden politisch transnational beeinflusst, das wirtschaftliche Geschehen selbst ist immer stärker nur international nachvollziehbar ...). Eine solche Orientierung sollte auch für die Zukunft beibehalten werden. Eine geordnete Beobachtung der Tätigkeit von Europäischen Betriebsräten und der Arbeitsbeziehungen in Transnationalen Konzernen könnte hier durchaus dazu beitragen, frühzeitig Entwicklungen und Veränderungen wahrzunehmen. In diesem Feld gibt es zwar Spezialpublikationen, aber eine halbwegs geordnete allgemeine Berichterstattung findet man nicht.

Wir sollten allerdings auch versuchen, etwas stärker die Veränderungen in den tatsächlichen Arbeitsprozessen zu beobachten und zu verarbeiten. Zum einen haben wir mit dem Projekt zum dualen System einen Ansatzpunkt für diesen Bereich. Die Stellung der Beschäftigten in den Produktionsabläufen ist neuerlich im Umbruch und im Umbruch sind damit auch die Qualifikationsanforderungen. Was sich in diesem Prozess tut, der ja hochgradig von Vorentscheidungen und Entscheidungen der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Entwickler von Technologie oder den Berufsbildungsakteuren abhängt, zu beobachten und zu verarbeiten, sollte ein weiterer Schwerpunkt für die kommende Zeit werden. Damit zusammenhängend sollte auch die weitere Debatte (nicht nur in der IG Metall), die unter dem Stichwort Transformation geführt wird, beobachtet werden. Ebenfalls könnten wir versuchen, etwas stärker über Ansätze zur wirtschaftlichen Entwicklung in anderen europäischen Ländern zu berichten. Dies könnte durchaus einen Beitrag zur Diskussion

der europäischen Wirtschaftspolitik in der Linken leisten, die sich über die Fragen der Verteilung und vor allem der Umverteilung hinausbewegt. Ansätze bzw. einen politischen und Haushaltsrahmen gibt es dazu auf der europäischen Ebene ja.

Hier eine Auflistung der Themen/Artikel, die wir in den letzten anderthalb Jahren im Gliederungsteil „Gewerkschaftliches“ der PB behandelt/veröffentlicht haben, beginnend mit der Ausgabe 3-2019 und endend mit der Ausgabe 8-2017.

**Die Auflistung enthält nicht die Beiträge, die in anderen Gliederungsteilen der PB erschienen sind und sich ebenfalls mit gewerkschaftlichen und die Arbeitsbeziehungen betreffenden Fragestellungen befassen haben:**

- EGB Europawahlprogramm
- EFBH Vereinbarung mit europäischen Arbeitgebern zu Chemischen Arbeitsstoffen / Tarifverhandlung öffentliche Dienste Länder
- Niedriglohnsektor in Europa
- Internationale Konzerne und Menschenrechte / Bangladesch: Projekt zu Arbeitsbedingungen / Forstzertifizierung und Arbeitnehmerstandards / Menschenrechte Konzerne
- Selbständigkeiten und Gewerkschaften in der EU / Dänemark – erster TV für die Plattformökonomie / Clickworking und Scheinselbständigkeit
- Einkommensungleichheit in der EU / Meldung Lohnentwicklung in europäischen Ländern
- DGB zu solidarischen Arbeitsmärkten / Dokumentation DGB zum sozialen Europa / IAO Übereinkommen / Pflegenotstand / Unikliniken
- Europäische Arbeits- und Sozialrecht – Update / Meldungen Lohnentwicklung-Wirtschaftskraft
- Arbeitsmigranten am Bau in UK / Meldungen Bausektor / Arbeitsschutz in der Zementindustrie / Schlichtung Bauhauptgewerbe / Meldungen Tarife
- Verdi Tarifeinigung öffentlicher Dienst / dazu Presseschau
- Schluss mit Harz IV / Solidarisches Grundeinkommen / dazu Presseschau
- Entwicklung der Mindestlöhne in Europa / Presse zu rechten Listen bei den BR-Wahlen
- EGB zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme / Überarbeitung der EU-Richtlinie zum Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag / Presse – Arbeitgeber zu div. Fragen des Sozialrechts
- Warnstreiks bei Metall / Doc. Steigerung der Tariflöhne / Presse – Arbeitgeber zu Teilzeitarbeit; IG Metall Offenbach Warnstreik
- EU Säule sozialer Rechte / Presse zum gleichen Thema
- Europäische Entsenderichtlinie / Doc. IG Metall Forderungen zur Tarifrunde / Presse zu den gleichen Themen
- Großbritannien: Umkämpfter Lebensstandard / Presse ebenfalls zur Lage in Großbritannien
- IG Metall zum Diesel-Gipfel / Presse zum gleichen Thema
- IAO-Empfehlungen zu Krisen und Migration / Presse Abschiebungen aus Europa. ■

Die 1980 gegründeten Politischen Berichte dokumentieren Beobachtungen und Rechtfertigungen politischen Handelns so, wie sie unter dem Druck der Aktualität Erwartungen, Hoffnungen, Befürchtungen oder Versprechen artikulieren. Politische Ideen entwickeln Anziehungskraft, verblassen und kommen leicht oder erheblich verändert neuerlich zum Tragen. Gezählt und gewogen wird in Zahlen: Zustimmung und Geltung in der öffentlichen Meinung, Gewicht bei Wahlen und Abstimmungen, Mitgliederzahlen von Organisationen.

Auswirkungen politischer Willensbildung auf die Gesetzgebung und die Handhabung der öffentlichen Angelegenheiten kristallisieren sich viel langsamer heraus.

Weil die politische Werbung in Ansatz und Wirkung immer schneller und die Realisierung in Politik und Wirtschaft immer

komplexer wird, fallen Meinungsbildung und politische Reflexion zeitlich immer weiter auseinander. Die Gefahr kontraproduktiver Entscheidungen wächst, die Zuordnung von Ursachen zu Wirkungen fällt schwer.

In den Prozessen der politischen Meinungsbildung ist inzwischen eine Gegenbewegung zu merken. Es entsteht zaghaft aber unverkennbar eine Debattenkultur, die Rückblick und Ausblick verbinden will.

Diese Tendenz sollten wir nach unseren Möglichkeiten fördern. Dabei kann die bei unserer Vereinsarbeit gegebene enge Verzahnung von periodischer Berichterstattung in den Politischen Berichten, der Arbeit an sachlich umrissenen Projekten und die über das Internet organisierte und zugänglich Archivierung genutzt werden.

## Unser IT-Archiv enthält viele Möglichkeiten des Zugangs bzw. der Nutzung

### 1. Aktuelle PB-Ausgaben, Benachrichtigung per Mail, NUR.TXT-Fassung und PDF

- Wir bieten gleichzeitig zum Erscheinen der Druckfassung eine IT-Ausgabe der Politischen Berichte an. Der Hinweis erfolgt per eMail, die das Inhaltsverzeichnis der aktuellen Ausgabe enthält und per KLICK auf die NUR.TXT-Fassung führt, die auf allen Geräten zugänglich sein sollte.
- Da inzwischen viele Geräte eine leidliche Wiedergabe umbrochener Texte erlauben, liefern wir eine PDF-Fassung der Druckausgabe, die – je nach Qualität des Gerätes – mindestens Überschriften und Bilder lesbar darstellt, KLICK oder TIPP auf den Artikel führt zur NUR.TXT Fassung.

Aus Politische Berichte Nr. 03/2019, S.02 +  
Inhaltsverzeichnis PDF PB-Archiv

### Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch

WOLFGANG FREYE, ESSEN

Die Parteitage der Partei Die Linke sind immer mal wieder für Überraschungen gut. Der Europaparteitag und die anschließende Vertreterversammlung vom 22. bis 24. Februar haben Festlegungen zur Europawahl getroffen, die nach den langen Debatten der letzten Jahre zwischen „Bekenntnissen“ der Partei zur europäischen Integration und nationalstaatlichen Orientierungen bis hin zum Austritt aus der EU so nicht zu erwarten war. Sowohl das verabschiedete Europawahlprogramm als auch die Liste für die Europawahl sind internationalistisch und reformorientiert, auch in Hinblick auf die EU.

Ende letzten Jahres hatte der Parteivorstand einen vorwiegend EU-

### Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch

WOLFGANG FREYE, ESSEN

Die Parteitage der Partei Die Linke sind immer mal wieder für Überraschungen gut. Der Europaparteitag und die anschließende Vertreterversammlung vom 22. bis 24. Februar haben Festlegungen zur Europawahl getroffen, die nach den langen Debatten der letzten Jahre zwischen „Bekenntnissen“ der Partei zur europäischen Integration und nationalstaatlichen Orientierungen bis hin zum Austritt aus der EU so nicht zu erwarten war. Sowohl das verabschiedete Europawahlprogramm als auch die Liste für die Europawahl sind internationalistisch und reformorientiert, auch in Hinblick auf die EU.

Ende letzten Jahres hatte der Parteivorstand einen vorwiegend EU-kritischen Programmentwurf vorgelegt, in dem die EU gleich zu Beginn ähnlich wie im Grundsatzprogramm als „militaristisch, undemokratisch und neoliberal“ bezeichnet wurde. Auch führende Parteivorstandsmitglieder sahen noch kurz vor dem Parteitag kaum eine Chance, diese Passage zu verändern. Etliche Änderungsanträge und eine Initiative von Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, Klaus Lederer und anderen kurz vor dem Parteitag haben dann doch etwas bewirkt, so dass schon der Parteivorstand bei der Beratung der Änderungsanträge die Zeile mit großer Mehrheit aus dem Programmentwurf herausgenommen hatte. Auf dem Parteitag gelang es nicht, das Rad wieder zurückzudrehen – Näheres im nächsten Artikel.

#### Abgrenzung von rechten Euroskeptikern

Auch in den Medien ist der Parteitag als europafreundlich eingestuft worden. Die europäische Rechte wird mit rechter Anti-EU-Polemik vermutlich deutlich gestärkt ins Europäische Parlament einziehen und wachsenden Einfluss erzielen. Der Wille, sich davon scharf abzugrenzen, ist bei vielen Mitgliedern und der EU sind. Die Gewerkschaften haben von ethischen Initiativen auf EU-Ebene profitiert und konnten dadurch wichtige soziale Regelungen erreichen – auch wenn die EU von einer Sozialunion weit entfernt ist. Diese Erfahrungen kann man nicht einfach leugnen.

Und noch etwas kommt hinzu: Die Partei Die Linke hat in den letzten Jahren viele Mitglieder gewonnen und ist jünger geworden. Das hat man auch auf dem Parteitag gemerkt. Für viele jüngere Menschen ist die europäische Integration eine Selbstverständlichkeit und nicht nur mit Urlauben im Ausland, sondern auch mit einem Teil der Ausbildung verbunden. Darauf fußt ein Stück weit auch die eindeutige Positionierung der Grünen für Europa, die zu ihrem derzeitigen Höhenflug beiträgt. Insofern ist die positive Wendung der Partei Die Linke weniger einer theoretischen Auseinandersetzung geschuldet als politischen Entwicklungen, die dann doch in der Partei angekommen sind und reflektiert werden.

#### „Liebeserklärung“ an Europa

Der Wunsch, sich nicht in die Ecke der EU-Gegner einordnen zu lassen, war entsprechend in allen Reden von führenden Parteifunktionären zu spüren. „Für eine starke Linke in ganz Europa“, hatte Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der Linken, seine Rede überschrieben. Gabriele Zimmer, Fraktionsvorsitzende der linken GUE/NGL-Fraktion im Euro-

**Politische Berichte**  
ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR  
Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V./Joerg Detjen, Mainstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Corrales, Ulrike Detjen, Karl Helmut Lechner, Claus-Ildo Monica, Christiane



### 2. Die Startseite [www.linke.kritik.de](http://www.linke.kritik.de) ist für die Arbeit an PC oder großem Tablett eingerichtet.

**Zeitschriften AKTUELL.** Per KLICK erreichbar sind die neuesten Ausgaben

- der Politischen Berichte,
- des ArGe-Rundschreibens,

- der Ergebnisse und Materialien
- sowie von Themenheften

Alles liegt als PDF vor. Der Grad der dokumentarischen Aufbereitung ist jedoch verschieden.

**www.LINKE KRITIK.de HOME**

**VEREIN für POLITISCHE BILDUNG, LINKE KRITIK und KOMMUNIKATION**

Zeitschriften AKTUELL    Gesammelte Jahrgänge    Redaktions-Werkstatt    Projekt-WEGEMARKEN    SUCHEN    ▶ Lekturereliste

Politische Berichte – AKTUELL    Linke-ArGe-RS – AKTUELL    Ergeb. u. Mat. (linkekritik e.V.) – AKTUELL    THEMENHEFTE



### 3. Gesammelte Jahrgänge (soweit vorhanden, Aufbereitung läuft).

Diese Darstellung dient der Suche nach einzelnen Ausgaben, die (bereits) als PDF vorhanden sind.

Zu einzelnen Beiträgen können dokumentarische Angaben (Kategorien, Notizen) eingesehen werden.

**Start:** KLI~~C~~K auf **Gesammelte Jahrgänge** im Tabellenkopf.

**Linke Spalte:** Auswahl der Jahrgänge

**Mittlere Spalte oben:** Auswahl der Ausgaben im Jahrgangsbereich (absteigend sortiert)

**Mittlere Spalte darunter:** Darstellung des Inhaltsverzeichnisses, mit KLI~~C~~K zur NUR.TXT Fassung betreffender Beiträge sowie KLI~~C~~K zum EINblenden/AUSblenden von Projektnotizen bzw. vergebenen Kategorien.

**Rechte Spalte:** Die Liste der mit Projektnotizen versehenen Beiträge.

### 4. Redaktions-Werkstatt

Hier entsteht ein Personen- und Stichwortregister.

**Start:** KLI~~C~~K auf **Redaktions-Werkstatt** im Tabellenkopf.

**Linke Spalte:** KLI~~C~~K auf Schlagworte nach Typ.

**Mittlere Spalte oben:** KLI~~C~~K auf Alphabetische Auswahl

**Rechte Spalte:** KLI~~C~~K auf Kategorie

**Mittlere Spalte unten:** Liste der Ergebnisse, die ihrerseits auf die Projektnotiz und das PDF verlinkt sind.

### 5. Volltextsuche

Die Volltextsuche ist z.Zt. leider noch unzuverlässig. In der kommenden Woche wird der Provider seine Server neu aufsetzen. Wenn es dann immer noch nicht zuverlässig funktioniert, müssen wir den Provider wechseln (aufwändig u. riskant). *Siehe Nachtrag.*

### Schlussbemerkung.

Die Aufbereitung unserer Dokumentation bringt einen erheblichen Aufwand mit sich, kann bei dem schwierigen Geschäft helfen, politische Erfahrungen in aktuelle Diskussion einzubringen und zu verarbeiten.

**NACHTRAG Juni 2019.** Inzwischen sind diverse technischen Probleme abgeklärt. Die aufbereiteten Dokumente werden einigermaßen zuverlässig durchsucht. Finde-Probleme gehen auf eher seltene Textfehler (stehengebliebene Trennungen, bei OCR-Objekten Scan-Fehler) zurück. Die Aufbereitung der Politischen Berichte von der Gründung 1980 bis Ende 1984 liegt vor. Dazu wurden der Archivbände aus dem Verlagsbestand gescannt und zu durchsuchbaren PDF-Dateien verarbeitet. Volumen 1980–1984: an die 5 000 Seiten A4. Mit dieser Methode aufbereitete PDF-Dateien werden bei linkekritik.de im Dateinamen gekennzeichnet: \*ocr.pdf.

Diese Archivarbeiten sollen Verblässen, Wandel, Kritik und Weiterentwicklung politischer Ideen im zeitgeschichtlichen Zusammenhang fassbarer machen. Dazu muss das Quellenmaterial öffentlich zugänglich sein. Der Zeitaufwand für die Aufbereitung der ersten fünf Jahrgänge lässt die realistische Schätzung zu, dass vor dem Jahresende die PB-Sammlung komplett sein wird.

### Zur Anwendung der Suchfunktion:

**Tabellenkopf:** KLI~~C~~K auf SUCHEN

**Linke Spalte:** KLI~~C~~K auf Suchbereich

**Mittlere Spalte:** EINGABE gesuchten Wortes und KLI~~C~~K  
Es erscheinen die Anzahl der Fundstellen und die Fundorte (4-Seiten-Bereich) im PDF.

KLI~~C~~K auf den angegebenen **Dateinamen** öffnet das entsprechende Heft.

Suche nach Einzelheften per Dateiname möglich.

Namenssystematik 1980–1984: **pb84-17-ocr.pdf**



# PB – Abschnitt „Rechte Provokationen, demokratische Antworten“

Von Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

## Schwerpunkte dieser Rubrik:

Die Auseinandersetzung mit der AfD-Programmatik, ihren Auftritten und Gesetzesinitiativen im Bundestag, Dokumentation von parlamentarischen und öffentlichen Gegenaktionen, dem Agieren der AfD im Gewerkschaftsbereich sowie die Analyse ihrer Wahlerfolge stehen im Mittelpunkt.

Zu rechten Strömungen wie Antisemitismus, Antiziganismus und dem Gedankengut der identitären Bewegung gab es ebenfalls Artikel und Meldungen, ebenso zu rechtspopulistischen Parteien und deren Vernetzung in europäischen Ländern.

Unterschiedliche Umgangsformen verschiedener gesellschaftlicher Institutionen mit Rechtsaußen wurden vorgestellt, auf Beispiele der Beantwortung rechter Provokationen durch staatliches Verwaltungs-Handeln und durch Rechtsprechung wird Wert gelegt.

Gesellschaftliche Initiativen, die das öffentliche Gedenken an die Opfer der NS-Politik und die Aufarbeitung der Geschichte von 1933-45 durchsetzen, haben einen festen Platz, ebenso wie die Vorstellung eigener Projekte von Minderheiten-Vertretungen. (z.B. RomArchiv – digitales Archiv der Roma und Sinti)

„Rechte Provokationen, demokratische Antworten“ nimmt in der Regel den Platz von zwei Seiten in den Politischen Berichten ein.

Das Ziel, mehr Autorinnen/Autoren zu gewinnen, die (regelmäßig) auch Meldungen schreiben, bleibt weiterhin bestehen.

## Künftige Schwerpunkte

- AfD und Europa: Die AfD verfolgt die offizielle Linie, die EU von innen heraus zu bekämpfen – bei Scheitern ist der „Dexit“ angesagt.  
Über Themen und Zusammenarbeit der Faschisten (wie Steve Bannon) und den Populisten im Europäischen Parlament sollte kontinuierlich auch in Form von Meldungen berichtet werden. Thilo hat seine Mitarbeit in Aussicht gestellt.
- Gesetzesinitiativen und Positionen der AfD im Bundestag müssen beobachtet und die Reaktion der anderen Parteien darauf verfolgt werden, ggf. auch Artikel der Linken-Bundestagsfraktion und aus dem Europaparlament für die Politischen Berichte zu organisieren. Die Wochen-Berichte von Gerd Wiegel: „Die AfD im Bundestag“ sind dabei hilfreich.
- Die Identitären haben Zuwachs und in der AfD gibt es Verbindungen und Sympathien für diese Bewegung. Mit den Wurzeln der Bewegung und ihrem Menschenbild wollen wir uns in der Sommerschule befassen. (Angriff auf die Gedanken der Aufklärung und den Gleichheitsgedanken der Menschenrechte)

Das neu erschienene Buch von Andreas Speit, „Identitäre Netzwerke“ könnte besprochen werden.

- Innerhalb der Rechten findet ein Brutalisierungsprozess statt, das Monopol des Staates, dagegen einzugreifen, wird in Frage gestellt. Die Linken kommen ihrerseits mit Provokationen gegen rechts auch nicht weiter.  
Das Gewaltenteilungsprinzip und der Minderheitenschutz des Grundgesetzes muss verteidigt werden, hier müssen auch liberale Ansätze aufgegriffen werden. (PB 5/2018: Liberals International Day von J. Kakoures, 4/2019 Parteinähe Stiftungen zum Rechtspopulismus)
- Gut wäre, das Thema Streitkultur – Eristik, Fairness – aufzugreifen.  
(Interessant sind Beispiele, wie antifaschistische Persönlichkeiten wie der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und der Liberale Ralf Dahrendorf 1966 eine Podiumsdiskussion mit v. Thadden (NPD) in der Universität Frankfurt a.M. moderiert haben, um die NPD bloß zu stellen.)
- Zur Unterstützung einer Politik, die Ursachen der AfD-Wahlerfolge bekämpft, ist auf die genaue Erforschung der Gründe dieser Wählerinnen und Wähler Wert zu legen. Die Studie Rückkehr zu den politisch Verlassenen des Progressiven Zentrums hatte z.B. zum Ziel, durch Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich in Form der offenen Fragemethode den Befragten die Möglichkeit zu geben, ihre Kritikpunkte an ihren Lebensverhältnissen konkret darzustellen. Im Ergebnis relativierten sich Behauptungen über rassistische Vorurteile in dieser Wählerschaft, oder fielen sogar in sich zusammen. Für die (Kommunal-)politik können sich dadurch Handlungsmöglichkeiten eröffnen.  
Beispiele solidarischer Politik – EU-weit –, die vorbeugend und ausgleichend gegen Spaltungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wirken, können Anregungen bieten. Besprechung der Studie kann erscheinen.
- Gedenken an die Nazi-Pogrome.  
Gelingende Beispiele, wie Städte und Landkreise dieses Gedenken aktiv gestalten, sind weiterhin dringend erwünscht, auch um nicht zu vergessen, wohin identitäres, rassistisches, völkisch-nationalistisches Gedankengut führen kann. Siehe dazu z.B. 7/2018 Psychiatrie Hadamar bekennt sich zur „Erinnerungsverantwortung“, PB 1/2019 den Bericht von Ulrike Küstler über das „Hotel Silber“ in Stuttgart, PB 5/2019 den Bericht über die Ausstellung über die Polizeischule in Fürstenfeldbruck im Nationalsozialismus. ■

## Projektbericht „Wegemarken / Kalenderblätter“ Von Rolf Gehring, Brüssel

**Projekt Wegemarken / Kalenderblätter** – eine Initiative von europäischen Gewerkschaftern (Brüssel), unterstützt vom „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ sowie der ArGe bei der Linken „Konkrete Demokratie und soziale Befreiung“.

Die Gesamtentwicklung des Projekts, das seit Juni 2016 regelmäßig in jeder Ausgabe der Politischen Berichte eine Doppelseite bestreitet, ist positiv. Die Befassung mit zum festen Bestandteil sozialen Lebens gewordenen sozialen Praxen, anerkannten Individual- und Kollektivrechten und verbindlichen Rechtsnormen, die durch emanzipatorische Kämpfe an verschiedensten

gesellschaftlichen Konfrontationslinien auf den Weg gebracht worden sind, schult den Blick für den Boden, auf dem Gesellschaft und Individuum stehen. Zugleich bieten die Berichte aus und der Blick auf verschiedene Länder Europas vielerlei Möglichkeiten des Verstehens der Unterschiedlichkeit im einzelnen und der gleichzeitigen Universalität der Themen.

Anfangs hatten wir regelmäßig zu den beiden Seiten in den Politischen Berichten einen kurzen Sachstandsbericht, im Fortgang übernahmen die „Ergebnisse und Materialien“ des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation sowie

die „Rundschreiben“ der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung die Funktion, auf neueste Entwicklungen, Fortschritte und auch Mängel hinzuweisen.

Das Projekt ist regelmäßig Thema auf den zweimal jährlich stattfindenden Linken Schulen und der jährlichen Vereinstagung.

Aktuell drängend wäre Unterstützung bei der zeitnahen Einbettung der Zeitleisten und der vorliegenden Kalenderblätter in das Portal [www.linkekritik.de](http://www.linkekritik.de), die Überarbeitung der Zeitleisten und das Hinterlegen von Hintergrundmaterial, sodann die Ausdehnung des Systems „Patenschaften für ein Land“ und

auch Suche nach Kontakten in diverse Länder, insbesondere im Osten.

Das Projekt der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) „Landmarks of social progress“ wird im Laufe dieses Jahres mit der Herausgabe einer Broschüre in acht Sprachen abgeschlossen sein. Wie sich eine gewünschte Fortsetzung gestalten könnte, ist derzeit offen.

Die Lenkungsgruppe des Projektes wird der Organisation vorschlagen, basierend auf den Erfahrungen und den Ergebnissen des Projektes in einer Form von Netzwerk Interessierter weiterzuarbeiten. ■

<b>Liste der bereits in den Politischen Berichten erschienen Kalenderblätter</b>	
<b>1848, Schweiz:</b> Die schweizerische Bundesverfassung von 1848	PB 06/2016
<b>1840er-Jahre, Österreich:</b> Auf leisen Sohlen kommt die Solidarität in die Welt	PB 07/2016
<b>1973, Irland:</b> Aufhebung des Arbeitsverbots für verheiratete Frauen	PB 08/2016
<b>1918, Bayern:</b> Frieden und Demokratie, Rätebewegung, Frauenwahlrecht und Koalitionsfreiheit	PB 09/2016
<b>1868 Österreich:</b> Arbeiterbildungsvereine!	PB 10/2016
<b>22. Dezember 2015, Griechenland:</b> Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zivilrechtliche Lebensgemeinschaft	PB 11/2016
<b>12. Juni 1989, Europäische Union:</b> Kampf um Anerkennung – Das europäische Arbeitsschutzgesetz	PB 12/2016
<b>5. September 1899, Dänemark:</b> Der September-Vergleich – Das Recht auf kollektive Vereinbarungen wird erstritten	PB 01/2017
<b>3. September 1961, Italien:</b> Geburtsstunde der Prävention am Arbeitsplatz	PB 02/2017
<b>29. September 1978 Spanien:</b> Die spanische Verfassung verankert das Recht auf Bildung	PB 03/2017
<b>28. März 1882, Frankreich: Loy Ferry:</b> Das Gesetz über allgemeine Schulpflicht und Laizität	PB 04/2017
<b>15. Juni 1958, Dänemark:</b> Die Reform der dänischen Volksschule – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem	PB 05/2017
<b>29. Juli 2000, Europa:</b> EU Antidiskriminierungsrichtlinien – Rechtsbeistand im Kampf gegen Diskriminierung	PB 06/2017
<b>9. Oktober 1981, Frankreich:</b> Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich	PB 08/2017
<b>15. Juni 1977, Spanien:</b> Erste demokratische Wahl nach der Franco-Diktatur	PB 09/2017
<b>29. August 1833, England:</b> Das erste Gesetz gegen Kinderarbeit passiert das britische Parlament	PB 10/2017
<b>9. April 1964 England:</b> Erste Wahlen zum Greater London Council	PB 11/2017
<b>26. Februar 1920, Österreich:</b> Österreichs Arbeiterkammer – gegründet in der Ersten Republik	PB 12/2017
<b>11. September 1848, Frankreich:</b> Frankreich 1848 – „Frühling der Presse“	PB 01/2018
<b>21. Juli 1881, Frankreich:</b> Freiheit der Presse – Das Gesetz gilt bis heute noch	PB 02/2018
<b>8. Mai 1873, Deutsches Reich:</b> Buchdrucker-Tarifvertrag abgeschlossen	PB 03/2018
<b>23. Juni 1894, Belgien:</b> Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt	PB 04/2018
<b>19. April 1973 Italien:</b> Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit	PB 05/2018
<b>10. September 2003, Großbritannien:</b> Gründung der WSPU – Die soziale und politische Union der Frauen	PB 06/2018
<b>1841 – 2017, Frankreich:</b> Alarmstufe orange für Arbeitnehmerrechte	PB 07/2018
<b>22. September 1994 Europäische Union:</b> Das Institut des Europäischen Betriebsrats wird gesetzlich verankert	PB 08/2018
<b>20. Februar 1938, Schweiz:</b> Das Schweizer Volk beschließt Rätromanisch als vierte Landessprache	PB 10/2018
<b>20. Februar 1832, England:</b> Erste öffentliche Waschküchen und Bäder	PB 11/2018
<b>November 1905, Finnland:</b> Die Rote Proklamation beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrecht	PB 12/2018
<b>3. Mai 1900, Deutschland:</b> München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule“	PB 01/2019
<b>19. Januar 1973, Finnland:</b> Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten	PB 02/2019
<b>21. Dezember 1848 Deutschland:</b> Versammlungsfreiheit? – Wichtig!	PB 03/2019
<b>11. April 1919, International:</b> Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)	PB 04/2019
<b>5. Februar 1919, Spanien:</b> Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages in Spanien.	PB 05/2019
<b>5. Oktober 1943, Malta:</b> Die Geburt der General Workers' Union	PB 06/2019

Das Themenheft „Religionsfreiheit und linke Politik“ liegt in der dritten Auflage vor und ist bis auf einen kleinen Rest unter die Leute gebracht. Es ist unter der Rubrik „Themenhefte“ auf der Internetseite der „Politischen Berichte“ zu finden. Darüber hinaus wurde es von uns breit an interessierte Menschen im linken und links-religiös-kirchlich-affinen Spektrum als PDF-Datei versendet und angeboten. Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die gesamte Broschüre im Internet zu finden unter: <https://religionskritik.blog.rosalux.de/page/2/>. Ebenso bei der Linken-SH unter <https://www.linke-sh.de/2018/religionsfreiheit-und-linke-politik/>. Es gibt eine Einladung vom „Evangelischen Forum Annahof“ zu einem Vortrag zur Thematik des Themenheftes nach Augsburg. Die Veranstaltung trägt den Titel: „Keine Religion ist auch keine Lösung – Welche Rechte sollen Religionen haben?“. Näheres ist hier <https://www.annahof-evangelisch.de/> unter dem Datum 29. Juli 2019 zu finden. Darüber hinaus haben wir die Möglichkeit bekommen, für den Sammelband „Die Linke und die Religion“, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zwei Beiträge zu schreiben. „»Religion ist Privatsache!« Was ist falsch an dieser Parole?“ und „Anerkennung des Islam als »Körperschaft des öffentlichen Rechts«“ sind die jeweiligen Titel der Aufsätze. Das Buch erscheint vor-

aussichtlich im Juli dieses Jahres im VSA-Verlag, Hamburg.

Es war möglich, für die „Politischen Berichte“ zwei Interviews mit Moslem-Vertretern zu führen: Das erste mit einem Leiter der Ahmadiyya in Frankfurt und das zweite mit einem Vorstandsmitglied der „Schura“, dem „Rat islamischer Gemeinschaften“ — das sind Sunniten und Schiiten — in Hamburg. Beide Interviews sind von der elektronischen Zeitung „Schattenblick“ in Stelle-Wittenwurth, das Interview mit dem Vertreter der „Schura“ von der Zeitschrift „Gegenwind“ in Kiel übernommen worden.

Wir, Edda und Helmut, arbeiten mit im „Gesprächskreis Weltanschaulicher Dialog“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Dieser Kreis tagt etwa sechsmal im Jahr. Viele unserer Argumente und eingebrachten Erfahrungen waren und sind für manche/n dort neu, interessant und sind auf diesem Wege auch eingeflossen in die Beratung der „Religionspolitischen Kommission“ beim Parteivorstand der Linken.

Wir sind dabei darüber nachzudenken, ob wir das Themenheft noch einmal neu, aber überarbeitet herausbringen sollen. Vielleicht ist es aber auch an der Zeit, sich anderen Themen zuwenden. ■

## Projekt Duales System der Berufsbildung, Sachstand

Von Johann Witte, Bremen

1. Die Übersicht über dieses Projekt mit den wichtigsten Gliederungselementen – siehe unten – findet sich auch im zeitgleich erscheinenden Tagungsbericht der „Arbeitsgemeinschaft emanzipatorische Arbeitspolitik – aktuelle Gewerkschaftspolitik“ (Tagung in Sprockhövel im April 2019). 2. Teil 1 mit dem Titel „Duales Systems der Berufsausbildung – Thesen zur Geschichte“ ist abgedruckt im Rundschreiben Nr. 22 der Arbeitsgemeinschaft für Konkrete Demokratie und Soziale Befreiung vom Februar 2019 S. 23 bis 26. 3. Teil 2 mit dem Titel „Entstehung und Entwicklung des Berufsbildungsgesetzes“ (mit einigen statistischen Daten und einer Stellungnahme der IG Metalljugend zum Referentenentwurf des für 2020 geplanten Neufassung des Berufsbildungsgesetzes) ist ebenfalls wie die Projektübersicht abgedruckt in dem unter 1. genannten Tagungsbericht.

Rundschreiben Nr. 22 [http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214\\_arge\\_kdsb\\_rundbrief22.pdf](http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214_arge_kdsb_rundbrief22.pdf)

Tagungsbericht Sprockhövel 2019: [http://www.linkekritik.de/uploads/media/201906\\_Mai-Tagungsbericht\\_Sprockhoevel.pdf](http://www.linkekritik.de/uploads/media/201906_Mai-Tagungsbericht_Sprockhoevel.pdf)

### Projekt: „Duales System der Berufsausbildung“ – Erfolgsmodell oder krisenhafte Entwicklung?

Ist das duale System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik, das sich seit dem Mittelalter in Mitteleuropa als Modell einer Erwerbsqualifizierung entwickelt hat, immer noch ein (evtl. sogar exportfähiges) Vorzeige- und Erfolgsmodell oder befindet es sich in einer krisenhaften Entwicklung (vielleicht schon auf dem Abstellgleis)? Welche Merkmale im dualen System sind in den letzten Jahrzehnten besonders entwickelt worden? Wird das duale System in Zukunft zunehmend von der akademischen Bildung verdrängt? Welche Entwicklungsschritte dieses Systems werden von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden vorangetrieben? Welche Schlussfolgerungen kann linke Politik aus Entwicklung und Zustand dieses Systems ziehen? Zu diesen Fragen haben wir in 2018 ein Projekt begonnen, das in einer Publikation münden soll. Eine erste Diskussionsbeitrag, der sich mit den Entstehungsumständen und die Strukturen des Dualen Systems befaßt, ist im Rundschreiben Nr. 22 der Arbeitsgemeinschaft für konkrete Demokratie und Soziale Befreiung vom Februar 2019 S. 23 bis 26 veröffentlicht.

**Mitarbeit am Projekt ist erwünscht !!!**

Johann Witte, Bremen  
(johannfirst@web.de)

#### Gliederungselemente:

1. Herkunft des dualen Systems der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland
2. Entstehung und Entwicklung des Berufsbildungsgesetzes (liegt vor – s.u.)
3. Zur Situation des dualen Systems. (Lit. div. Berufsbildungsberichte)
4. Worin unterscheiden sich allgemeine und berufliche Bildung?
5. Berufsschulen und Berufsfachschulen.  
Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen (Gesundheits- und Pflegeberufe u.a.)
6. Berufsbildung und akademische Bildung (gesteuert durch den „Bologna-Prozess“)  
(Lit. u.a.: Europ. Zeitschrift f. Berufsbildung Nr 42 aus 2007 zum europ. Qualifikationsrahmen; GEW 2009: Der Bologna-Prozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit“)
7. „Beruflichkeit“ und „Facharbeit“.  
(Lit.: WSI-Mitteilungen 1/2014: Zukunft der Facharbeit)
8. Veränderungen im dualen System:
  - Reform bzw. Umgestaltung von Berufen (Übersicht)
  - Modularisierung der Ausbildung ?
  - Berufsschule: von Fächern zu Lernfeldern (Darstellung am Beispiel)
  - Versuche der Privatisierung der Berufsschulen (Hamburg)
9. Probleme des dualen Systems:
  - Ungleichgewichte: Die Berufsschule als „Juniorpartner“ (Lit. Z.B. Rauner: „Die Berufsschule – warum aus dem Juniorpartner ein Partner in der dualen Berufsausbildung werden sollte“)
  - Prüfungen in der Hand der Kammern
10. Diskussion: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“  
(Lit. F. Rauner: „Kosten, Nutzen und Qualität der beruflichen Ausbildung“ ITB Forschungsberichte 23/2007; Rauner: „Qualität und Rentabilität der beruflichen Bildung“ Bremen 2008)
11. Vergleich mit anderen EU-Ländern (z.B. Vergleich der Maurer- Ausbildung in WSI-Mitt. 1/2014)
12. Diskussion von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden (Z.B. K. Heimann: „Ist gewerkschaftliche Bildungspolitik zukunftsfähig?“)



# Vorbereitung ArGe-Sommerschule 2019

**Ausführungen zur Vorbereitung zum Teil 1.** Zu Teil 2 und 3 liegen noch keine Textvorschläge vor. **Mehr in der Juli-Ausgabe der Politischen Berichte.**

## Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus, das „identitäre Menschenbild“

Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lösen im 19ten und 20ten Jahrhundert kraftvolle Bewegungen – für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung von Lebensäußerungen – aus. Sie werden von der Idee der gleichen Menschenrechte getragen. Die aktuellen identitären Bewegungen der Rechten setzen an die Stelle der Leitidee der Menschenrechte die Idee von Nation, Land und Volk und dessen Sitten. „Als wahren Gegner orten wir die Ideologie des Egalitarismus und des Universalismus“ (Martin Sellner in der Zeitschrift „Identitär!“). Sie entziehen damit der Demokratie und dem Recht – gleiches Wahlrecht und Urteil ohne Ansehen der Person – den Boden. Sie sehen sich auch als Opfer der '68er, die die Aufarbeitung des Faschismus begonnen hatten, als solche, die sich „von ihrer Verantwortung befreien“.

Die identitäre Bewegung tritt unkonventionell, modern, mit Aktionsformen der Linken auf, ihre Zielgruppe sind junge Leute. Sie hängen dem „Ethnopluralismus“ an, der eigene „Ethnien“ definiert, um sie so von „Fremden“ zu unterscheiden und fordern aggressiv „Remigration“ der Eingewanderten. Sie verstehen sich als „Bewegung“ zur Ergänzung von Parteien.

Vermieden die Identitären in ihren Anfängen, sich eindeutig dem rechten Lager und der Tradition von Nationalsozialismus und Faschismus zuzuordnen, so beziehen sie sich inzwischen auf die Vertreter der „Konservativen Revolution“ wie Jünger, Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck Edgar Julius Jung und Julius Evola als ihre geistigen Ahnen. Diese Richtung „könne eine Antwort auf die Französische Revolution 1789 gegen bedingungslose Gleichheit, falschen Fortschrittsglauben und allmächtige Vernunft“ geben. (Mario Müller, Kontrakultur, 2017). „Konservative Revolution ist ein Sammelbegriff für Strömungen, die sich in der Weimarer Republik entwickelten. Gemeinsam war diesen Strömungen, dass ihre Ideologien entschieden

Vorläufige Textvorschläge: Renaud Camus: Der große Austausch (2017) und Edgar Julius Jung (Ghostwriter von v. Papen) „Marburger Rede“ Mario Müller. Rosemarie Steffens. Martin Sellner, Identitär! Alain de Benoist. Eva Detscher. Ernst Jünger, Der Waldgang. Helmut Lechner. Carl Schmitt. Barbara B. (angefragt). Moeller van den Bruck oder Evola, Christoph Cornides.(angefragt)

In Kooperation mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ – Ausf. Thematisierung durch die ArGe siehe im Arge-Rundschreiben Februar 2019:

Auszug: **ArGe Rundschreiben Nr. 22, Feb. 2019, Seite 28:**

Bei der Sommerschule wollen wir uns mit politischen Theorien auseinandersetzen, die in den aktuellen Kämpfen um die öffentliche Meinung wirken. Dazu haben wir die folgende drei Schwerpunkte skizziert.

**Teil 1: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus**

(...)

**Teil 2: Das christliche Menschenbild und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus**

(...)

**Teil 3: Das politische Leitbild der Emanzipation**

(...)

Download über:

<http://www.linkekritik.de/index.php?id=653>

bzw direkt:

[http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214\\_arge\\_kdsb\\_rundbrief22.pdf](http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214_arge_kdsb_rundbrief22.pdf)

antiliberalen, antidemokratischen und antiegalitären Züge trugen. Ihr Rechtskonservatismus unterschied sich vom traditionellen Konservatismusbegriff der Deutschen Zentrumspartei oder der Deutschnationalen Volkspartei grundlegend und manifestierte sich nicht in einer politischen Partei. Die Konservative Revolution wird in der Geschichtswissenschaft als Wegbereiter für den Nationalsozialismus behandelt.“ (Wikipedia)

(Eine „Konservative Revolution“ wurde im Januar 2018 auch von Alexander Dobrindt (CSU) zur Durchsetzung der christlich-abendländischen Leitkultur gefordert: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger.“)

Wir beschäftigen uns mit der Konstruktion „Identitär“ und den Ansätzen einer Kritik. Dazu werden auch Texte von Vertretern der Konservativen Revolution herangezogen.

*Vorbereitungsguppe für die Sommerschule, Teil 1*  
c/o rosemariesteffens@web.de

## Protokoll der Jahrestagung am 13. und 14. April 2019 in Mannheim, Samstag, 13. April 2019: Teil III Vereinsangelegenheiten:

### 1.) Finanz- und Haushaltsbericht 2018 und Haushaltsplan 2019: (Siehe Dok. Seite 16)

RÜDIGER LÖTZER erläutert den vorliegenden Finanz- und Haushaltsbericht 2018 und den Haushaltplan 2019. Der Bericht über die Kassenprüfung liegt vor, es gibt keine Beanstandungen, die Kassenprüfer beantragen die Entlastung des Vorstandes. Das geschieht einstimmig. Ebenfalls einstimmig wird der Haushaltsplan für 2019 gebilligt.

### 2.) Wahlen:

Eine geheime Wahl wird nicht beantragt.

a) Als Sprecherin und Sprecher werden BRIGITTE WOLF und CHRISTOPH CORNIDES einstimmig wiedergewählt.

b) Als Verantwortlicher für Finanzen wird RÜDIGER LÖTZER einstimmig wiedergewählt.

c) In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig wiedergewählt:

EVA DETSCHER, THORSTEN JANNOFF, ALFRED KÜSTLER, JÖRG DETJEN, MARTIN FOCHLER, ROSEMARIE STEFFENS, KARL-HELMUT LECHNER und MICHAEL OHSE.

d) Als zusätzliche Mitglieder des Präsidiums werden BARBARA

BURKHARDT und CLAUS UDO MONICA einstimmig wiedergewählt.

e) Als Kassenprüfer werden HARALD GINDRA und BRUNO ROCKER einstimmig wiedergewählt.

f) In den Herausgeberkreis der Politischen Berichte werden einstimmig gewählt:

EDITH BERGMANN, BARBARA BURKHARDT, CHRISTOPH CORNIDES, ULRIKE DETJEN, KARL-HELMUT LECHNER, CLAUS UDO MONICA, CHRISTIANE SCHNEIDER, BRIGITTE WOLF.

g) Redaktion Politische Berichte:

Als Mitglieder der Redaktion der Politischen Berichte werden bestätigt:

ALFRED KÜSTLER, ROLF GEHRING, CHRISTOPH CORNIDES, THORSTEN JANNOFF, RÜDIGER LÖTZER, ULLI JÄCKEL, ROSEMARIE STEFFENS, MARTIN FOCHLER, EVA DETSCHER, JÖRG DETJEN, BARBARA BURKHARDT.

Verantwortlich für Teil III des Protokolls:  
Barbara Burkhardt

# Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2018 und Haushaltsplan 2019

(Alle Angaben in Euro)

	Ist 2017	Plan 2018	Ist 2018	Plan 2019
<b>Beiträge</b>	<b>26.100,44</b>	<b>26.100,00</b>	<b>26.031,00</b>	<b>26.100,00</b>
<b>Ausgaben</b>				
Politische Berichte	17.161,74	18.932,00	20.186,14	20.308,92
Aufwandentschädigungen	390,00	300,00	260,00	260,00
Reise- Raumkosten Vorstand	1.902,81	1.900,00	1.714,65	1.710,00
Reise- und Raumkosten Verein	3.727,80	3.700,00	4.934,90	3.900,00
Kosten Geldverkehr	158,34	150,00	204,20	204,00
Porto, Ergebnisheft	818,17	800,00	1.464,61	800,00
<b>Gesamte Ausgaben</b>	<b>24.158,86</b>	<b>25.782,00</b>	<b>28.764,50</b>	<b>27.182,92</b>
<b>SALDO</b>	<b>+1.941,58</b>	<b>+ 318,00</b>	<b>./2.733,50</b>	<b>./1.082,92</b>

*Kassenbestand per 31.12.18 1.000,95 Euro*

*Kontobestand per 31.12.18 9.295,76 Euro*

### **Zur Erläuterung:**

Die Kosten der Politischen Berichte waren im Plan für 2018 versehentlich zu niedrig kalkuliert, deshalb kam es hier zu einer Überschreitung des Plans um etwa 1.300 Euro. Auch die Kosten der Jahrestagung lagen 2018 deutlich höher als erwartet. Grund dafür waren Honorarkosten und Reisekosten für die Referenten und Gäste der Tagung. Auch die Reisekosten der Mitglieder des Vereins fielen etwas höher aus als erwartet. Die Überschreitung bei dem Titel Porto und Ergebnisheft geht auf die Broschüre zur Religionskritik zurück, die auf der Jahresversammlung beschlossen wurde und in dem vor der Jahresversammlung erstellten Haushaltsplan noch nicht kalkuliert war.

Für das Haushaltsjahr 2019 sind deshalb im wesentlichen gleiche Kosten in Ansatz genommen wie für 2018 geplant war. Der damit kalkulierte Jahresverlust ist angesichts der hohen Rücklagen kein Risiko.

Berlin, den 01. Januar 2019 *R.L.*

### **Beschlussvorschlag:**

*Der Vorstand empfiehlt die Annahme des Haushaltsberichts für 2018 und des Haushaltsplans für das Jahr 2019.*

### **Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2018**

1. Die Kassenprüfung wurde von dem gewählten Kassenprüfern Harald Gindra und Bruno Rocker am 10. Februar 2019 in Berlin durchgeführt.
2. Die Belege der Ein- und Ausgaben vom 1.1.2018 bis 31.12.2018 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor und wurden stichprobenartig überprüft.
3. Das Vermögen bei Eröffnung am 1.1.2018 betrug 13.030,21 €. Am 31.12.2018 betrug der Kassenbestand 1.000,95 € und der Kontobestand 9.295,76 €. Das Berichtsjahr schloss mit einem negativen Saldo in Höhe von 2.733,50 € ab. Somit schrumpfte das Vereinsvermögen zum 31.12.2018 auf 10.296,71 €.
4. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 10.02.2019

Harald Gindra / Bruno Rocker

# Linke Europapolitik – linke Friedenspolitik

**Thema am Sonntag, 14 April. Aus der Einladung:** Der Europaparteitag der Linken hat von der Charakterisierung der EU als „militaristisches Projekt“ Abstand genommen.

Damit ist zwar immer noch nicht geklärt, wie man um den Frieden kämpft. Man kann sich aber dieser praktischen Frage zuwenden.

Einen Ansatzpunkt bietet die breite Debatte über der Großen Krieg von 1914 bis 1918. Die Winterschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung hat sich mit dem Großen Krieg und der Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum 20. Jahrhundert beschäftigt und Texte zur sozialistischen Diskussion, dem Nationalismus und Liberalismus wie auch zur Friedensbewegung erarbeitet.

Dieses Projekt wird auf der Vereinstagung als Einführung auf die Diskussion europapolitische Friedensstrategien am Sonntagvormittag vorgestellt werden, auch mit dem Ziel, den Kreis der Mitwirkenden zu erweitern.

Sodann wollen wir uns der Vertragslage widmen, die linke Politik in der EU vorfindet.

Welche Chancen bietet die angelaufene Diskussion der deutsch-

französischen Beziehungen für die Platzierung friedenspolitischer Ansätze?

Stellt die Kündigung des INF-Vertrages eine konkrete Bedrohung dar oder wird da wieder das Feindbild Russland in Szene gesetzt?

Welche Erwartungen haben die östlichen Mitgliedsstaaten an die EU und inwieweit ist die Aufrüstung an der EU-Ostgrenze als Provokation gemeint?

Wie entwickeln sich die Beziehungen zwischen Nato und EU?

Worauf könnte sich die neue linke Fraktion im Europaparlament konzentrieren?

Wir wollen an die Diskussion bei der Winterschule der ArGe anknüpfen und hoffen, dass Erhard Crome den Termin in seinem Zeitplan unterbringen kann.

Die Berichte von der Winterschule wurden als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 2/2019 verbreitet und sind im Internet unter <http://www.linkekritik.de/index.php?id=653> bzw. herunterzuladen.

*Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation  
– Brigitte Wolf, Christoph Cornides*

## Für eine neue Entspannungspolitik!

Von Erhard Crome, (Beitrag in Mannheim am 14. April 2019)

Das Ende des Kalten Krieges brachte keine Ära des Friedens, wie 1989/1990 vielfach erhofft, sondern ein neues Zeitalter der Intervention und imperialer Kriege. Die USA und ihre Verbündeten haben Krieg wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik gemacht. Globalisierung und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Die „Neue Weltordnung“, die Präsident Bush senior Anfang der 1990er Jahre postulierte, zielte auf die Verfügung über Rohstoffe, vor allem über Erdöl und Erdgas, und die Kontrolle strategischer Räume. Mit den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien wurde diese Linie fortgesetzt. Nach dem Scheitern des Westens in Irak und Afghanistan hatte US-Präsident Barack Obama auf eine Effektivierung der Kriegsführungsfähigkeit der USA gesetzt, ohne jedoch strategische Ziele erreichen zu können. Präsident Donald Trump erklärte den Verzicht auf „Regime Change“-Kriege; die qualitative Aufrüstung wird jedoch fortgesetzt und die strategische Ausrichtung verstärkt gegen Russland und China konzentriert.

I.

Die Gefahren wachsen allein schon durch die anhaltende Aufrüstung. Gemäß den Zahlen des in Stockholm beheimateten Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI betrugen die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahre 2018 1.822 Mrd. US-Dollar. Das sind wieder mehr als im Vorjahr, der Anstieg lag bei 2,6% gegenüber 2017, und deutlich mehr, als am Ende des Kalten Krieges: Damals wurden weltweit etwa 1.400 Mrd. US-Dollar für die Rüstung ausgegeben (im Jahre 1989 1.425 Mrd. und 1990 1.367 Mrd. US-Dollar). An der „Spitze des Rudels“, wie Donald Trump das einmal nannte, wieder die USA mit 649 Mrd. US-Dollar; das ist eine Steigerung gegenüber 2017 um 4,6% und entspricht einem Anteil von 3,2% am BIP der USA und 36% der weltweiten Rüstungsausgaben. Auf Platz zwei lag China mit 250 Mrd. US-Dollar, einer Steigerung um 5,0% gegenüber 2017, einem Anteil von 1,9% am BIP der VR China sowie 14% der weltweiten Militärausgaben. Gefolgt von dem kriegsführenden Staat Saudi-Arabien, Indien und Frankreich sowie Russland auf Platz 6 (2017 noch Platz 4) mit Ausgaben von 61,4 Mrd. US-Dollar, einer Steigerung um 3,5%, einem Anteil am BIP von 3,9% und an den weltweiten Rüstungsausgaben von 3,4%. Danach stehen auf der Liste Großbritannien,

Deutschland, Japan und Südkorea (SIPRI Fact Sheet April 2019). Die 29 Nato-Staaten gaben zusammen 963 Mrd. US-Dollar für das Militär aus. Das ist fast das Sechzehnfache Russlands, das von Nato-Propagandisten immer wieder als große Gefahr beschworen wird. Deutschland schlug in der SIPRI-Liste 2018 mit 49,5 Mrd. US-Dollar zu Buche – 2017 waren es 44,3 Mrd. US-Dollar. Sollte Deutschland die Zwei-Prozent-Marke des BIP in die Tat umsetzen, wären das Ausgaben für Militärzwecke in Höhe von 85 Mrd. Euro bzw. 95,3 Mrd. US-Dollar. (<http://www.bund-rvso.de>).

Die Fragen von Krieg und Frieden haben nach dem Ende des Kalten Krieges nicht an Relevanz verloren, sondern wieder an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es erstens um die Frage der Bedingungen für den Weltfrieden, der als Begriff nur Sinn erhält als Gegensatz zum Weltkrieg. Die tektonischen Verschiebungen der weltwirtschaftlichen Schwerkraftverhältnisse aus der nordatlantischen „Welt des Weißen Mannes“ nach Asien haben die Frage nach dem Weltkrieg bzw. nach den Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens wieder aufgeworfen. Der Historiker Timothy Garton Ash verglich die Welt Anfang des 21. Jahrhunderts mit der vor 1914, nur dass die Hauptakteure jetzt nicht Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Russland und die USA sind, sondern die USA, China, die Europäische Union, Russland und Indien.<sup>1</sup> Mit dieser Verschiebung ist nicht nur das Scheitern des US-amerikanischen Unilateralismus und eine Relativierung des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gewichts der USA, sondern auch der Europäischen Union und insgesamt Europas verbunden. In Europa steht das Thema Frieden und Sicherheit ebenfalls auf der politischen Tagesordnung, und zwar in dem ganz ursprünglichen Sinne klassischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Zweitens ist der Zustand des Weltfriedens, wie wir ihn gegenwärtig zu verzeichnen haben, kein Zustand weltweiten Friedens, sondern einer unterschiedlichen Verteilung von friedlichen und kriegerischen oder bewaffneten Konfliktzuständen in der Welt. Hier stellen sich die Fragen der Konflikt- und Kriegsverhütung, der Konfliktursachen, der Konfliktprävention und zivilen Konfliktbearbeitung und -lösung ebenfalls unter neuen Bedingungen. Diese Konflikte sind überwiegend nicht zwischenstaatliche Konflikte, sondern entstammen Bürgerkriegssituationen, die

<sup>1</sup> Vgl. Timothy Garton Ash: Müder Titan, in: Süddeutsche Zeitung, München, 30. August 2005, S. 11.



► Armut, Hunger, Staatszerfall, Kampf um Rohstoffe für die Industriestaaten sowie Klimawandel und andere globale Probleme zum Ausgangspunkt haben. Das Wechselverhältnis von Frieden und Sicherheit einerseits sowie Frieden und Entwicklung andererseits stellt sich neu dar.

Das Ende des Kalten Krieges führte drittens nicht zu einem sicheren Frieden und zu weniger Konflikten, wie 1990 – voller Illusionen angesichts des Endes der Blockkonfrontation – viele hofften. Die USA und Westeuropa erwarteten mit ihrem „Sieg über den Kommunismus“ globale Dominanz. Doch sie währte nur kurz. Die Probleme, Konflikte und sozialen Verwerfungen, oft im Gefolge der neoliberalen Durchkapitalisierung der Welt, sind immer weniger beherrschbar. Die bevorzugte Antwort darauf war Krieg. Aber diese Kriege (Irak, Afghanistan, Libyen) brachten nicht den erhofften Erfolg und führten auch die westliche Welt in vielfältige Krisen.

Alle Vorstellungen, ob denn nun China an die Stelle der USA als Supermacht treten werde, gehen – dies viertens – am Kern der Sache vorbei. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklungen läuft auf eine multipolare Welt hinaus, jedoch nicht eine multilaterale Welt des Friedens und der Gleichberechtigung im Sinne der UNO-Charta, sondern auf ein „Konzert der Mächte“, wie es das Europa der konkurrierenden Mächte von 1815 bis 1914 charakterisierte.

## II.

Die „deutsche Frage“ war schon am Beginn des 20. Jahrhunderts das deutsche Dilemma, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das wirtschafts- und machtpolitische Tagesgeschäft; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. In diesem Sinne war die „deutsche Frage“ für die Deutschen immer die Frage nach ihrer Einheit – und war mit der staatlichen Vereinigung von 1990 erledigt –, für die anderen Staaten und Völker Europas aber die Frage nach dem Schutz vor Deutschland bzw. vor seiner Dominanz.

Eine dritte Dimension der deutschen Frage betonte nach dem zweiten Weltkrieg der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke. Seine Grundannahme war, eine europäische Friedensordnung muss die Lösung der deutschen Frage einschließen. „Es ist die deutsche Frage, die bereits Generationen beschäftigt hat und nun durch den Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch in ihrer letzten und schärfsten Form aufgeworfen worden ist.“<sup>2</sup> Nach der Zerschlagung der Naziherrschaft gelte: „Die Zukunft Europas hängt davon ab, dass es endlich nach diesem Kriege gelingt, [...] Deutschland wieder in Europa einzugliedern und so auf diesem organischen Wege der friedlichen Integration Europa gegen Deutschland wie Deutschland gegen sich selbst zu schützen. Wir wissen, dass Europa mit einem kranken Deutschland in seiner Mitte dem endgültigen Ruin ausgeliefert ist, und niemand kann sich darüber täuschen, dass Europa Deutschland nicht entbehren kann, wenn es sich heute in der Welt behaupten soll.“ (S. 15)

Röpke hielt nach 1945 drei „Revolutionen“ für notwendig: eine moralische, eine politische und eine wirtschaftlich-soziale. Der Kern der politischen Revolution sollte die Auflösung des Bismarckreiches und die Schaffung einer Konföderation autonomer Länder auf der Grundlage einer gemeindlichen und regionalen Selbstverwaltung sein (S. 255). Die Wirtschaft sollte als

soziale Marktwirtschaft auf neuer Grundlage entwickelt werden. Dieses Röpke'sche Programm ist mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ihrem föderativen Aufbau und dem Grundgesetz realisiert und mit der deutschen Vereinigung 1990 auf ganz Deutschland erstreckt worden.<sup>3</sup> Deutschland ist heute, wie der britische Historiker Brendan Simms betonte, im Unterschied zu allen Phasen im 19. und bis Mitte des 20. Jahrhunderts „nur von demokratischen Verbündeten umgeben, die dem Land wohlgesinnt sind.“<sup>4</sup> Dieser Zustand ist mit der Europäischen Union institutionalisiert. So existiert die deutsche Frage, auch wie Röpke sie stellte, nicht mehr.

Aber damit ist sie in dem ursprünglichen Sinne, wie sie sich für die anderen Europäer stellt, dennoch nicht gelöst. Mit anderen Worten: auch unter der Voraussetzung parlamentarisch-demokratischer Verfassungsordnungen, des Schutzes der Grundrechte und des bürgerlichen Rechtsstaates in Deutschland wie in den europäischen Nachbarstaaten steht die deutsche Frage wieder neu als Frage nach einer deutschen Dominanz oder Hegemonie in Europa. Sie ist nun vor allem von der ökonomischen und politischen Verfasstheit der EU abhängig. In diesem Sinne ist sie wieder da, sowohl in Gestalt der deutschen Hegemonie innerhalb der Europäischen Union als auch seiner Rolle in Gesamteuropa – hier verbunden mit neuen Spannungen im Verhältnis zu Russland.

## III.

Als die Ukraine-Krise herbeigeführt war, gingen US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel davon aus, Russland sei nach dem Zerfall der Sowjetunion nur noch „Regionalmacht“. Die Politik zur Schwächung Russlands war zielstrebig betrieben worden. Jeffrey Sachs, der 1989 in Polen und 1990/91 in der Sowjetunion Wirtschaftsberater der jeweiligen Regierung war, berichtete 2014 in einem Beitrag für die BBC, dass im September 1989 Polen Zahlungsunfähigkeit drohte. Daraufhin wandte er sich direkt an die US-Regierung, um eine Milliarde US-Dollar zur Stabilisierung der polnischen Währung zu erhalten – und bekam sie prompt nach acht Stunden. Das Weiße Haus von einer drastischen Schuldenstreichung für Polen zu überzeugen dauerte länger, gelang jedoch ebenfalls. Als die Sowjetunion 1990/91 vor einer analogen finanziellen Katastrophe stand, bewegte sich in Washington nichts. „Wo Polen schnelle und großzügige finanzielle Hilfe erhielt, gab es für Russland nur Kontrolleure des IWF, aber kein Geld.“ Sachs, der sich bereits früher mit der fundamentalen Kritik des britischen Ökonomen John Maynard Keynes an den wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages 1919 gegen Deutschland befasst hatte, die mit dazu beitrugen, dass in Deutschland die Demokraten keine Chance hatten und schließlich Hitler an die Macht kam, resümierte jetzt: „Warum hatten die USA, die sich gegenüber Polen so klug und vorausschauend verhalten hatten, im Falle Russlands so grausam und voller Missachtung gehandelt? [...] Der Westen hatte Polen finanziell und diplomatisch geholfen, weil Polen zur Ostgrenze der expandierenden Nato werden sollte. Polen gehörte zum Westen und verdiente daher Hilfe. Im Gegensatz dazu betrachteten die USA-Führer Russland in ähnlicher Weise wie Lloyd George und Clemenceau Deutschland in Versailles – als besiegten Feind, der zerstört werden sollte.“<sup>5</sup>

Geostrategisch wurde angesichts des Zerfalls der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine als Kernpunkt geopolitischer Neuordnung angesehen. Zbigniew Brzezinski, der einer der Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie war, betonte, eine unab-

2 Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage. Dritte veränderte und erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch Verlag 1948, S. 7. Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

3 Zu den Unterschieden zwischen der BRD (sowie der DDR) bzw. dem vereinigten Deutschland und dem vorherigen Deutschland siehe: Erhard Crome: DDR-Perzeptionen. Kontext und Zugangsmuster, in: Berliner Debatte Initial, Heft 2-3/1998, S. 47-49.

4 Ein Schock von außen. Interview mit dem britischen Historiker Brendan Simms, in: Der Spiegel, Heft 15/2013, S. 98.

5 Viewpoint: Why the shadow of WW1 and 1989 hangs over world events, in: <https://www.bbc.com/news/magazine-30483873>. Die Nachdenkseiten haben eine Übersetzung ins Deutsche ins Netz gestellt: 1989ff.: Den Polen hat der Westen geholfen, Russland sollte zerstört werden, in: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=45125&pdf=45125>. (Gesehen am 16.08.2018).

hängige Ukraine sei „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.<sup>6</sup>

Die USA und die EU – mit Deutschland als hegemonialem Zentrum<sup>7</sup> – sind auf der einen Seite Konkurrenten, auf der anderen miteinander „verbündet“, wo sie sich gehalten sehen, Interessen gemeinsam oder zumindest parallel zu verfolgen. So sind die Osterweiterung der Nato und die der EU nicht „zwei Seiten derselben Medaille“, sondern unterschiedliche, voneinander zu unterscheidende Vorgänge. Wenn westliche Politiker und Journalisten behaupten, der Westen würde lediglich „seine Werte“ ausdehnen, während der russische Präsident Wladimir Putin in einer Manier des 19. Jahrhunderts seinen Einfluss territorial ausdehnen wolle, so ist dies außenpolitische Propaganda. Selbstverständlich stellen die Nato und die Europäische Union Raumordnungen dar. Erstere wird von den USA, die zweite von Deutschland dominiert. Beide wurden nach Osten, schließlich bis an die Grenze Russlands ausgedehnt.

Mit dem Kiewer Maidan wurde 2013/14 in der Ukraine ein Regimewechsel durchgesetzt, um das Land aus dem Einflussfeld Russlands zu lösen und in das des Westens einzuordnen. Die Obama-Regierung sowie die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Polens spielten eine aktive Rolle dabei. Die Nato stellte den harten militärischen Unterbau zur Verfügung, am Ende wurde die Ukraine in die Peripherie der EU, das heißt Deutschlands, eingeordnet. Russland hat im Gegenzug die Krim in die Russische Föderation eingegliedert, was vom Westen mit Protesten quittiert wurde. Russland hatte lediglich die Wahl, dem Treiben tatenlos zuzuschauen, oder so zumindest eine starke geopolitische Position im Schwarzen Meer und damit in Richtung Mittelmeer zu bewahren, auch um den Preis einer partiellen Verschlechterung der Beziehungen zum Westen.

Trump war zur Wahl mit drei zentralen Punkten angetreten: (1) in Sachen Rüstungswettlauf „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben – hier sind Russland und China die Gegner in der jetzigen Dreier-Runde des *nuklearen Patts*; (2) die USA aus dem Regime-Change-Geschäft herauszuziehen, weil es einen Haufen Geld gekostet, aber nichts gebracht hat; (3) die USA im Bereich der Realwirtschaft wieder nach vorn zu bringen und insbesondere jene Länder zu bekämpfen, die große Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschaften. Das sind Deutschland und China. Insofern war Trumps Mitteilung im Sommer 2018, die USA hätten drei Feinde, logisch und im Sinne von „America First“ zutreffend: China, Russland und Deutschland.

Das Erstaunen darüber unter maßgeblichen Kreisen in Deutschland war erstaunlich. In der Logik des Kalten Krieges lag, dass die USA die herrschenden Eliten der Bundesrepublik politisch, kulturell und mental „nordatlantisch“ an sich gebunden haben. Nur war es aus Sicht der USA immer ein geopolitisches Kalkül, während sich die zunächst westdeutsche, dann deutsche herrschende Klasse bemühte, sich nach zwei verlorenen Weltkriegen wohl in der Juniorpartnerschaft mit den USA einzurichten. Das heißt die Gründe für die enge USA-Bindung aus deutscher Sicht bestehen fort, aus amerikanischer nicht. Das macht die USA stärker, nicht nur in einem realpolitischen und militärischen Sinne.

Hinzu kommt eine grundsätzliche deutsche Fehleinschätzung: aus der Tatsache, dass es Russland bisher nicht geschafft hat, nach 1990 eine durchgreifende wirtschaftliche Modernisierung des Landes zu erreichen, folgt nicht, dass es politisch irrelevant wäre – was Kanzlerin Merkel und US-Präsident Obama vermeinten, als sie die Ukraine-Operation und die anschließenden

Anti-Russland-Sanktionen in Gang setzten. Russland ist weiterhin die nuklear-strategisch zweite Macht in der Welt. Schon das alte Russland vor 1914 war militärisch immer stärker, als seine Wirtschaftsdaten nahelegten. In diesem Sinne lag Trump richtig, mit Russland auf Augenhöhe zu reden, während deutsche Kritiken daran wieder einmal Ausdruck grandioser Fehlperzeption und Selbstüberhebung sind.

Deutschland folgt in Sachen Sanktionen nicht nur den USA, sondern drückt immer wieder in Richtung Verschärfung. Es beteiligt sich an den Nato-Militäroperationen nahe der russischen Grenze und will immer mehr „militärische Verantwortung“ gen Osten übernehmen. Im Haushaltsjahr 2019 sollen im Verteidigungsministerium 42,9 Milliarden Euro ausgegeben werden. Das ist eine Steigerung gegenüber 2018 um 11,4 Prozent. Verteidigungsministerin von der Leyen will zwölf Milliarden Euro mehr bis 2021. Wenn die deutsche Regierung die den USA gegenüber eingegangene Zusage einlöste, das Rüstungsbudget auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben – und es mehrten sich die Stimmen in der Regierung und in den Medien, die dies fordern –, bedeutete dies eine Steigerung auf über 80 Milliarden Euro. Praktisch also eine Verdopplung der deutschen Rüstungsausgaben. Aus der Geschichte wissen wir, dass Aufrüstungsphasen stets in Kriege mündeten, nicht in eine kriegslose Verschrottung der Waffen. Deutschland eskaliert derzeit im Verhältnis zu Russland, statt vernünftigerweise zu deeskalieren.

#### IV.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist das Thema: „Gemeinsame kollektive Sicherheit“<sup>8</sup> wieder auf die Tagesordnung Europas gerückt. Es geht hier um eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands. Während ein „Verteidigungsbündnis“ wie die Nato den „Feind“ außer sich ausmacht, sich also gegen ihn zusammenschließt, bezieht ein „System kollektiver Sicherheit“ den tatsächlichen oder imaginierten Gegner mit ein, um zu einer gemeinsamen Lösung der Friedens- und Sicherheitsfrage zu kommen.

Auf der Suche nach Wegen und Mechanismen für eine dauerhafte Sicherung des Friedens im 21. Jahrhundert kann vieles helfen, was vor allem in der Endphase des Ost-West-Konfliktes zur Kriegsverhinderung gedacht, ausgearbeitet und verwirklicht wurde. Dazu gehören neben der Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit – die eigene Seite ist nur sicher, wenn es der tatsächliche, potentielle oder antizipierte Gegner ebenfalls ist – und dem Konzept der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa (das letztlich in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit [KSZE] und schließlich der OSZE eine spezifische Ausformung fand) folgende Ansätze:

- Neues Denken,<sup>9</sup>
- Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter,
- friedliche Koexistenz und positiver Frieden,
- Nicht-Gewinnbarkeit eines mit Atomwaffen geführten Krieges,
- Rüstungsbegrenzung und Abrüstung,
- Schaffung atomwaffenfreier bzw. von Massenvernichtungswaffen freier Zonen,
- entmilitarisierte Sicherheit und erweiterter Sicherheitsbegriff,
- Strukturelle Angriffsunfähigkeit,
- Strategische Suffizienz bzw. vernünftige Hinlänglichkeit der Verteidigung.

Bei der Entwicklung realisierbarer außenpolitischer Alternativen kommt es vor allem auch darauf an, die Idee gemeinsamer kollektiver Sicherheit mit der Schaffung atomwaffenfreier Zo-

6 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag 1997, S. 74, 216.

7 Ausführlich dazu: Erhard Crome: Deutschland auf Machtwegen. Moralin als Ressource für weltpolitische Ambitionen, Hamburg: VSA Verlag 2019.

8 Ausführlich dazu: Erhard Crome, Lutz Kleinwächter (Hrsg.): Gemeinsame Europäische Sicherheit. Konzepte für das 21. Jahrhundert, Potsdam: Verlag WeltTrends 2012.

9 Ausführlich dazu: Erhard Crome, Lutz Kleinwächter (Hrsg.): Neues Denken in der DDR. Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren, Potsdam: Verlag WeltTrends 2014.

►nen bzw. von Massenvernichtungswaffen freien Zonen und der Herstellung struktureller Angriffsfähigkeit zu verbinden. Es geht um Voraussetzungen für eine tatsächlich kollektive, gemeinsame Sicherheit in Europa sowie für eine alternative, auf die Sicherung des Friedens zielende Außenpolitik Deutschlands in Europa.

Die derzeitige Verschlechterung der Beziehungen des Westens – der USA, der Nato, der EU und Deutschlands – zu Russland ist deutlich sichtbar. Die hat eine politische, eine wirtschaftliche, aber auch eine militärische Dimension. Damit steigt zugleich die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen, mit der Stationierung neuer Raketenysteme nach Aufkündigung des INF-Vertrages auch die Gefahr eines Atomkrieges. Die politische Rhetorik im Westen, auch in Deutschland folgt Denkmustern von Kriegsführungsstrategien. Notwendig wäre dagegen der Übergang zu einem Kriegsverhinderungsdenken.

Dabei kann ein Rückgriff auf die Entspannungspolitik der 1970er Jahre helfen. Wenn die Sanktionen politisch nichts bringen, müssen sie beendet werden. Wenn es darum geht, Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens zu treffen, müssen die derzeit nicht lösbarer Fragen ausgeklammert werden, um in den lösbarer voranzukommen. Alternative zu der derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Sackgasse ist eine neue Politik der Entspannung. Das Ziel kann nicht darin bestehen, „westliche Werte“ oder was dazu erklärt wird, auf Russland und andere Länder zu übertragen, sondern eine konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, das heißt keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, keine Druck- und Drohpolitik von Seiten der Nato und der EU, keine deutsche Geopolitik, dafür Friedenspolitik, wie in der UNO-Charta postuliert. Aber friedliche Koexistenz nicht nur kurzfristig, weil stärkere Machtmittel des Westens derzeit nicht zur Verfügung stehen, sondern für alle Zeiten. Von Bismarck ist das Wort überliefert: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint.“ Deutschland dagegen wähnte sich meist stärker, als es realiter war, ob als Aspirant auf die Weltmacht in zwei Weltkriegen, als Juniorpartner der USA oder nun als Hegemon der EU.

(Manuskriptabschluss: 10. Juni 2019.)

## Neu bei VSA:



### Erhard Crome Deutschland auf Machtwegen

Moralin als Ressource für  
weltpolitische Ambitionen  
192 Seiten | EUR 16.80  
ISBN 978-3-96488-002-4  
Erhard Crome, langjähriger  
Referent für Friedens- und  
Sicherheitspolitik der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung, jetzt  
Geschäftsführender Direktor  
des WeltTrends-Instituts für  
Internationale Politik in Pots-  
dam, liefert eine schonungs-  
lose Kritik der deutschen  
Außenpolitik seit 1990.

Er beleuchtet die Interessen, die hinter den salbungsvollen Reden stehen, und diskutiert die Frage, wie friedenspolitische Alternativen aussehen könnten.

Die Bilanz der deutschen Außenpolitik seit der Vereinigung ist zwiespältig. Wo Deutschland früher vor allem mit dem Säbel rasselte, versucht es im 21. Jahrhundert, seine weltpolitischen Bestrebungen unter einer Hülle von Moralin und Wertegeschwafel zu verstecken. Zugleich scheinen die deutschen außenpolitischen »Eliten« wieder von ihren eigenen Ambitionen und den realen Verhältnissen überfordert. Führt das Gehen auf neuen Machtwegen wieder einmal in die europäische Katastrophe?

Erhältlich im Buchhandel  
oder direkt beim Verlag.  
Inhaltsverzeichnis/Lese-  
probe/Bestellmöglichkeit:  
**www.vsa-verlag.de**

## Blick auf die Arbeit am Lektüreprojekt Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen – Traditionslinien linker Politik

Von Eva Detscher, Karlsruhe

Nach den Wahlen zu Europäischen Parlament erweist sich nicht nur im Kontext der geopolitischen sehr fragilen Situation die Friedenspolitik als zentrales Politikfeld für europäisches Handeln. Um sich dieser praktischen Frage zuzuwenden, bietet die breite Debatte über der Großen Krieg von 1914 bis 1918 einen Ansatzpunkt. Die Linke Schule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung hat sich u.a. mit dem Großen Krieg und der Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum 20. Jahrhundert beschäftigt und Texte zur sozialistischen Diskussion, dem Nationalismus und Liberalismus wie auch zur Friedensbewegung erarbeitet. Daraus entstand das Vorhaben eines Lektüreprojekts: „Der Große Krieg 1914 – 1918 und die Politik der Kriegsgegner“. Dieses wird von verschiedenen Autoren unterstützt und soll in einer eigenen Broschüre veröffentlicht werden. Auf [www.linkekritik.de](http://www.linkekritik.de) kann unter der Rubrik „Lektuereliste“ der Stand der ausgewählten Titel eingesehen werden. Weitere Titel und auch zusätzliche Autoren sind möglich und erwünscht. Auch wird auf in den Politischen Berichten bereits veröffent-

lichte Buchvorstellungen zurückgegriffen, z.B.:

Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution. Richard Müller – einer der Initiatoren des Generalstreiks in Berlin am 9.11.1918 hat 1924/25 das hier vorgestellte Buch veröffentlicht. Müller geht es um den Konflikt zwischen Räterepublik und SPD, er war der festen Überzeugung, dass „die Bewegung vom 9. November ohne Stillstand weitergetrieben“ werden müsse.“ Lektürebericht Andreas Adrians, veröffentlicht in den Politischen Berichten 4/2018, S. 19 oder auch

Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Kriegsschuld und Verantwortung für die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts sind nicht das Thema von Münkler, sondern die ideologischen, religiösen und kulturellen Hintergründe sowie die ursächlichen politischen und militärischen Entscheidungen. Lektürebericht Alfred Küstler veröffentlicht in den Politischen Berichten 2/2018, S. 20

Kontakt für das Lektüreprojekt: [redaktion@linkekritik.de](mailto:redaktion@linkekritik.de) und [Andreas.Adrians@gmx.de](mailto:Andreas.Adrians@gmx.de)

„Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen“ ist auch als **Thema der ArGe-Winterschule 2020** – voraussichtlich Do. den 2. bis Sa den 4. Januar 2020 in Erfurt – geplant. – – – Arbeitsergebnisse siehe auch im ArGe Rundschreiben Nr. 22: [http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214\\_arge\\_kdsb\\_rundbrief22.pdf](http://www.linkekritik.de/uploads/media/20190214_arge_kdsb_rundbrief22.pdf) – – – Übersicht zum Stand der Arbeiten: <http://www.linkekritik.de/index.php?id=1090>